

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:  
Herrn K. K. K. K.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altestadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1760.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M.  
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Komparatzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 3-spaltige Restzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörig., Stellen- u. Mietgeschäfte 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M.

Nr. 123

Dresden, Mittwoch den 30. Mai 1923

34. Jahrg.

## Rettung durch Zwang

Als die freien Gewerkschaften im Jahre 1920 nach dem Scheitern des Rapp-Bündnisses an die damalige Regierung bestimmte politische Forderungen stellten und auch bei andern Gelegenheiten ähnlich vorgingen, wurden sie von der Reichs- und Landespresse fortgesetzt als „Rebentregierung“ beschimpft. In Wirklichkeit war der Sinn aller Aktionen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft nicht Selbstweh, sondern der, neues Unheil zu vermeiden, den Bestand der Republik zu sichern, der Allgemeinheit zu dienen. Noch nie, unter welcher Regierung es auch sei, haben die Gewerkschaften ihre Pflichten gegenüber dem Vaterland verletzt. Stets standen sie ihren Mann, wenn die Not des Volkes es erforderte; noch jederzeit waren sie bereit, im Rahmen der Kraft der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands für Opfer einzutreten. Niemals aber hat sich die deutsche Wirtschaft von gleichen Grundfragen leiten lassen. Sie weiß wohl, daß die Gegenwart mit ihren inneren und außenpolitischen Gefahren Opfer erfordert, aber anstatt diese Opfer freiwillig und gern unter äußerster Kraftanstrengung zu geben, knüpfen sie an jede Willson-Mark, die sie dem Staat in seiner größten Not zur Verfügung stellen wollen, Bedingungen, deren Annahme nicht nur zu der Behauptung einer industriellen „Rebentregierung“ berechtigt, sondern die staatliche Macht reißlos den deutschen Wirtschaftsklassen ausliefern und ihnen obendrein einen angenehmen Verdienst sichern würde. Heute vermisst man kein Wort von einer „Rebentregierung der Industrie“, sie erhalten im Gegenteil das Lob der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft und die Anerkennung der Reichsregierung.

Es ist erfreulich, daß ein Teil der bürgerlichen Presse sich zur wahren Sachlage bekennt und äußert, daß die 200 Millionen Goldmark, die die Industrie dem Reich jetzt freiwillig anbietet, in keinem Verhältnis zu den indirekten Gewinnen steht, die ihr durch die Geldentwertung zugefallen sind. Was hier von der Industrie gesagt wird, trifft auch auf die Landwirtschaft zu, die vor dem Kriege vollkommen verfallener war, inzwischen aber durch die fortgesetzte Geldentwertung in die Lage gekommen ist, ihre Hypotheken zu ganz billigen Selben abzulösen. Von bürgerlicher Seite wird der Gewinn der Landwirtschaft durch die Geldentwertung unter der Voraussetzung, daß sie vor dem Kriege zu 60 Prozent hypothekarisch belastet war, auf insgesamt 18 Milliarden Goldmark beziffert. Trotzdem aber denken auch die Agrarier ebenso wenig wie die Industrie daran, von diesem Gewinn dem Reich ohne Bedingungen auch nur einen kleinen Teil zu überlassen. Aus diesem Verhalten ergibt sich die Stellung der Reichsregierung bei der Ausarbeitung der neuen Note. Daß gezahlt werden muß und Garantien zu leisten sind, erkennt die deutsche Wirtschaft an. Wie und auf welche Art das zu geschehen hat, müssen Reichsregierung und Parlament feststellen, ohne daß sie sich auch nur im geringsten auf irgendwelche Bedingungen einstellen, die von der Wirtschaft gestellt werden. Wo sollte es hin führen, wenn jeder deutsche Staatsbürger, der vom Reich in Anbetracht seiner Not zu einer finanziellen Leistung verpflichtet wird, seine Bedingungen stellt? Vor lauter Bedingungen würden wir schließlich wieder aus noch ein wissen. Wenn die deutsche Wirtschaft nicht anders will, wenn sie nicht einsehen will, daß die Erhaltung der Volksgemeinschaft Opfer des Besitzes erfordert, dann muß ihr die patriotische Pflicht durch gesetzliche Zwangsmaßnahmen klargemacht werden. Je schneller das geschieht, desto mehr Unheil kann verhindert werden.

Schon tritt die belgische Regierung mit einem neuen Reparationsplan vor die Öffentlichkeit, der, wenn auch in seiner Methode undurchführbar, doch die Möglichkeit zu einer wesentlichen Annäherung innerhalb der Ententemächte bietet. Während der Gesamtvertrag des englischen Planes vom Januar 1923, im Gegenwartswert umgerechnet, 37,5 Milliarden Goldmark ergab, ist der belgische Plan auf einen Gegenwartswert von 40 Milliarden Goldmark beziffert. Die belgische Regierung versteht also auf ihren bisherigen Standpunkt, der dem französischen fast gleichsam und darauf hinausläuft, neue Reparationsverhandlungen nur auf der Basis des Londoner Zahlungsplanes zu führen. In gewissem Sinne ist die französische Regierung nunmehr isoliert. Sie dürfte sich deshalb zu einem Kompromiß zwischen der englich-belgischen und ihrer Auffassung entschließen müssen, der dann zu einem Ultimatum führen kann, wenn die Reichsregierung sich mit ihrem Angebot nicht bezieht. Ganzlich undisziplinabel ist jedoch die belgische Methode zur Erlangung der Reparationseinkünfte. Schon in sich hat der belgische Plan einen Widerspruch. Er fordert die Deduktion des Staats, will uns aber gleichzeitig sämtlicher Quellen berauben, die dazu imstande wären. Auf Grund welcher Berechnungen die belgische Regierung zu der Auffassung kommt, daß die deutschen Eisenbahnen einen wesentlichen Teil der Reparationslasten aufzubringen vermögen, ist uns nicht klar. Wir wollen hoffen, daß es bald möglich ist, die Defizitwirtschaft der deutschen Eisenbahnen zu beheben. Daß das aber nicht zu den Ueberlebensfragen führen kann, die die belgische Regierung erachtet, sollten schon die Verhältnisse in Frankreich zeigen, wo trotz einer einigermassen stabilen Währung die Eisenbahnen immer noch einen Zuschuß erfordern. Zu berücksichtigen ist, daß uns durch den Verfall der Verträge wichtige Einnahmen und damit Einnahmequellen (Hoh-Lothringen) genommen wurden, während auf der andern Seite Linien befahren werden müssen (s. B. nach Ostpreußen), die nie die Selbstkosten aufbringen werden. Anders ist es mit der Befahrung der deutschen Industrie, wie

sie von der belgischen Regierung gefordert wird. Die von Belgien vorgeklagte Beteiligung an den deutschen Industrieunternehmen läuft auf eine Erfassung der Sachwerte hinaus, wie sie seit langem von der Sozialdemokratie als Rettung aus dieser Situation gefordert wird.

Jedemfalls spricht die Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrgebiet und die Neuorientierung Belgiens in der Reparationspolitik für die Notwendigkeit einer schnellen Ausarbeitung des neuen deutschen Angebotes. Wir können uns den Luxus nicht erlauben, die Passivität der Reichsregierung täglich mit neuen Milliarden zu begahnen, und ebenso wenig ist ein neues Ultimatum der Belagente erträglich. Es muß deshalb gehandelt und nicht verhandelt werden.

## Auf dem Dache sitzt ein Greis... Habensteins Gestammel

Am Dienstag vormittag trat im Reichstag der parlamentarische Ausschuss zusammen, der über die von gewissen Wirtschaftskreisen gegen die Stillungssaktion der Mark unternommenen Treibereien Aufklärung schaffen soll. In dem Ausschuss sitzten unter Partei durch die Genossen Robert Schmidt und Dr. Dertz vertreten. Vorläufig lagen dem Ausschuss als Unterlagen Berichte des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers vor. Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium gab in einem einleitenden Referat einen Überblick über die Maßnahmen der Reichsregierung zur Stützung der Mark durch Einschränkung der Kreditgewährung und durch Verkauf von Devisen. Weil sich die Industrie, vor allem die Exportindustrie, gekränkt fühlte, sah man davon ab, den Dollar unter 20 000 zu drücken. Von Anfang an war keine Stabilisierung der Mark beabsichtigt; es handelte sich nicht um eine währungsrechtliche, sondern um eine reine Kriegsmassnahme gegen den Ruhestörer. In immer wachsendem Maße machte sich auch die Passivität der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz geltend. Am 18. April kündigte der Reichsbank dem Verkauf der Devisenkäufer nicht mehr entgegen. Infolgedessen beschloß man es mit der neuen Devisenordnung, die der Reichsbank die Mittel in die Hand gab, Auslastung über Devisengeschäfte zu verlangen. Das hat die Devisenbeschaffung in ihrem Auftrag durch ein Schreiben an Banken und Firmen, in dem um Auskunft über die Devisengeschäfte in den kritischen Tagen von Mitte April verlangt wurde, auch getan. Den daraus ermittelnden Sachverhalt legte Staatssekretär Schröder zum Schluß seiner Ausführungen dem Untersuchungsausschuss vor.

## Fort mit der Arbeiterregierung!

Aus Weimar wird uns geschrieben:  
Die schleichende politische Krise in Thüringen ist eine offene geworden. Die zwischen S. S. P. D. und K. P. D. in den letzten Tagen geführten Verhandlungen, die ein von beiden Parteien anerkanntes Programm für die von ihnen bisher gemeinsam betriebene Landespolitik erbringen sollten, sind gescheitert. Die K. P. D. hat die von der S. S. P. D. bis in die Einzelheiten sorgfältig ausgearbeiteten Vorschläge zum Schutze der Republik und des Lebens der Arbeiterbewegung, zur Bekämpfung des Wuchers, zur Errichtung einer Arbeiter- und Angestelltenkammer als eines Klassenorgans des Proletariats und für die Amnestierung der von der Klassenjustiz in ihrer Not gefassten Proletarier in einer frivolen Art und Weise abgelehnt.

Dieselbe K. P. D., die bisher das gut bürgerlich-demokratische Gesetzgebungsorgan der Organisation des freisinnigen Thüringen reichlos mißachtet hat, verteidigt in dem Augenblick die Militäraktion, in dem es der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit des Landtages endlich möglich ist, sich nach der wesentlichen Vollendung des äußeren Aufbaues dem inneren Ausbau zuzuwenden.

Dieselbe K. P. D., die bisher die Bekämpfung der Reaktion durch die Thüringische Regierung die Anerkennung abrang, daß die Reaktion in Thüringen kassierende Obergeigen wie nirgends anderswo erhalten habe, verlagert in der Stunde, in der der neue Weltkrieg und der Bürgerkrieg unter der Decke schneit.

Dieselbe K. P. D., die mit der Sozialdemokratie gegen das gesamte Bürgertum eine bürgerlich-demokratische Kommunalverfassung, eine bürgerlich-demokratische Einheitschule und einen ersten Haushaltsplan, der in der harten Notwendigkeit der Reinstaatlichen Uebergänge nur geringe Anläufe für eine proletarische Staatswirtschaft enthält, annahm, verlagert der Arbeiterkammer die Möglichkeit, sich in einer Arbeiter- und Angestelltenkammer ein Organ der proletarischen Klasse zu schaffen.

Dieselbe K. P. D., die eben in Seltenskirchen und Dortmund nach der Hungerrevolution Postgeheimnisse zum Schutze des bürgerlichen Privateigentums leistet, zeigt sich in Thüringen in einer energiegelosen Bekämpfung des Wuchers durch stärkere Veranlagung der Verbraucher und in einer Amnestierung der Rotbelisten uninteressiert.

Diese K. P. D. stürzt Thüringen in eine offene politische Krise.

Diese K. P. D. zerbricht die Arbeitermehrheit in Thüringischen Landtag!

Diese K. P. D. liefert den ganzen freisinnigen Aufbau Thüringens, insbesondere seine in Deutschland vorbildlichen Kommunal- und Schulpolitik freiwillig der Reaktion aus.

Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium gab daraufhin in einem anschließenden Referat als Ergänzung eine Darstellung über den Inhalt und die Absichten der neuen Devisenbestimmung. Nachdem die beiden Staatssekretäre noch eine Reihe von Anfragen unserer Genossen Robert Schmidt und Dertz über die Handhabung der Devisenbestimmung, über den Zusammenhang zwischen Stillungssaktion und Kreditgewährung, über das Ergebnis der Dollarkontrahierung usw. beantwortet hatten, erhielt Reichsbankpräsident Havenstein das Wort, um Auskunft über die Gründe des Zusammenbruchs der Stillungssaktion zu geben. Seine Ausführungen sollten das große Ereignis des Tages werden. Millionen Deutscher erwarteten von dem Leiter des Zentralnoteninstituts des Reiches gerade in den heutigen Tagen des weiteren Zusammenbruchs der Mark Aufschluß und Einblick in die Währungs- und Devisenpolitik der Reichsbank. Am so niederträchtigem war der Grund für alle Juhden. Nichts von alledem, was die deutsche Öffentlichkeit erwartete, fand sich in den Ausführungen dieses verbrauchten, ältlichen Greises, der in heutiger, schwieriger Zeit immer noch an der Spitze der Reichsbank steht und dadurch den allergrößten Einfluß auf die Wirtschaft und Finanzpolitik des Reiches ausübt. In seinem Referat fehlte jede große Idee, rein beamtenmäßig begann er seine Ausführungen mit dem Aufrufmarsch und beendete sie genau mit dem 18. April, dem Tage des Zusammenbruchs der Stillungssaktion. Denn in dieser Zeit begrenzt sich die Kompetenz des Untersuchungsausschusses.

Die deutsche Öffentlichkeit aber verlangte mehr, sie erwartete Aufschluß über die Tätigkeit der Reichsbank seit der, und sie wünschte einen Einblick in die Zukunft, den sie als Lichtblick empfinden konnte. Dafür verweigerte der Reichsbankpräsident die Veröffentlichung über seinen Widerstand gegen die Stillungssaktion in das Gebiet der Legende, suchte aber gleichzeitig zu begünstigen, worum man an eine Intervention nicht schon früher herangehen konnte. Aber den Ausgang der Dollarkontrahierung gab Havenstein öffentlich seiner Enttäuschung Ausdruck. Die Devisen, die Großhandel und Kapitalistenpublikum gehamstert hatten, seien in den Häften geblieben, während sie bei dem von deutschen Kasse geführten Kassenkampf in die Komparten gehet hätten. Am Tage, da das schäbische Ergebnis der Dollarkontrahierung bekannt geworden sei, habe auch die seitdem anhaltende Dollarkontrahierung eingesetzt. Doch gab der Reichsbankpräsident der Ueberzeugung Ausdruck, daß es ein Unrecht sei, einzelnen Industriegruppen oder Personen dies besonders zur Last zu legen; er habe sich nie gegen einzelne Wirtschaftsführer ausgesprochen. Alle Kreise hätten das Bedauern gehabt, sich über den unmittelbaren Bedarf hinaus einzudecken, und dadurch sei die Stillungssaktion der Reichsbank zusammengebrochen. Alles in allem waren die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten so trübe alle Erwartung nichtsfugend, daß alle Zuhörer diese erste Sitzung des Ausschusses unter großer Enttäuschung verließen.

Denn gibt es auch nur einen Arbeiter, der glaubt, daß die Gerfurth, Bauer, Wismann und Konforden den Staatsaufbau, wie ihn die Sozialdemokratie in einer rastlosen Arbeit in einundneunzig Jahren geleistet hat, unberührt lassen werden? Sie werden ihn, Stein für Stein, wie Deutschland im Weltkrieg, zugrunde rücken. Unlängig, wie es die erste Bourgeoisie-Regierung Deutschlands, das K. inett Cuno, zeigt, die Nation vorwärts und aufwärts zu führen, werden sie abtragen bis auf den Grund. Und die Kommunisten sind die Kürmer, die das Werkzeug zu diesem elenden Werk heranzuschleppen.

Die Kommunisten, die sich heiser schreien nach der Arbeiterregierung, machen einer Regierung, die, wie selten eine das Gesamtinteresse des Proletariats gemacht hat, die Arbeiterarbeit unmöglich. Das ist in bürren Worten die Tatsache, die sich aus dem fügenlichen, beachtlichen, unmissigen Gelächter von der „Arbeiterregierung“ ergibt. „Fort mit der Arbeiterregierung“ ist das Schlo, das diese Lächerlichkeiten den Kommunisten zurücktrifft.

„Die K. P. D. konstatiert“ — erklärt ihre Verhandlungskommission — „daß die Vorschläge der S. S. P. D. nicht nur keine Grundlage für eine Arbeiterregierung Thüringens bilden, sondern daß sie auch keine genügende Grundlage zu einer fernerer Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung darstellen.“ Auf der von der S. S. P. D. dargebotenen Grundlage, „auch nur die gegenwärtige Regierung weiter zu unterstützen, ist für die K. P. D. ganz unmöglich, da die elementarsten Forderungen der proletarischen Klasse abgelehnt werden.“ Untersuchen wir, was diese „elementarsten Forderungen der proletarischen Klasse“ sind!

Da fordern die Kommunisten den Betriebsräte-Kongress. Er ist in ihrer Phantasie das Mittel, das „Programm der Arbeiterregierung“ zu schaffen, die Gesetze vorzuschlagen und die Massen für ihre Durchführungen zu mobilisieren. Er stellt nach ihrer Einbildung die Zwangsorganisation, die dem Landtag die „vorberatener“ Gesetze aufzwingt und die Regierung „kontrolliert“. Was haben denn nun die Massen zu diesem ihrem von den Kommunisten erfundenen „Lebensinteresse“ gesagt? Der kommunistische Betriebsräte-Kongress mit seinem „Ratenausschuss“ der Betriebsräte und Kontrollausschüsse“ vom Herbst 1922 ist so elend zusammengebrochen, daß er bereits vor Wochen sein Sekretariat unter kühler Mithilfe der K. P. D. liquidiert hat. Und die Konferenz der Ortsausschüsse des K. P. D. hat mit über 70 Prozent der vertretenen Mitgliedschaften den Betriebsräte-Kongress abgelehnt. Damit haben fast 200 000 von der Parteileitung festgesetzten organisierten Arbeiter den 10 000 organisierten Thüringer-Kommunisten gesagt, daß sie die „elementarsten Forderungen“ ablehnen.



Interessen der proletarischen Klasse" ganz anders auffassen. Damit hat die Klasse gesprochen. Da die R. S. P. D. grundsätzlich auf dem Standpunkt der Arbeiterdemokratie steht...

Damit sollen aber auch die „Kontrollausschüsse“ und die „Betriebsdunkelkammern“, die die Exekutivorgane des Betriebsratskongresses sein sollen. Gerade die Großorganisationen der R. S. P. D. in Thüringen haben sich am entschiedensten dagegen ausgesprochen. Es gibt keine Partei, die so gegen den entschiedenen Willen ihrer Mitglieder handeln könnte...

Denn tatsächlich verwechseln ja die Kommunisten ihre „proletarischen Lebensinteressen“ mit den Interessen, die erfüllt werden müssen, wenn ihre eigene, vom Fieber des Paniker- und Sekterentums geschüttelte Partei weiterleben soll. Wir sind der R. S. P. D. sehr dankbar dafür, daß sie das der sozialdemokratischen Arbeiterklasse durch ihre Antwort vom 24. Mai handgreiflich deutlich gemacht hat...

Die R. S. P. D. hat diese Forderung nur gestellt, um um so sicherer die Ablehnung ihrer Vorschläge durch die R. S. P. D. zu erreichen. Um zu wissen, wie die Thüringer R. S. P. D. zur Frage der Koalition steht, waren wir nicht nötig, denn am 12. Dezember 1932 hat die Koalition bereits im Dezember 1932 mit entscheidender Mehrheit (gegen eine Stimme) abgelehnt. Deshalb bedanken wir uns für den politischen Selbstmord, für den die R. S. P. D. lebenswichtigenwerke die Seidenspinne liefern will.

Die R. S. P. D. hat die R. S. P. D. eingeladen, die Regierung mit zu übernehmen. Die R. S. P. D. hat abgelehnt. Zu dem wohlverordneten sozialdemokratischen Regierungsprogramm erklärte sie höflichst:

„Die R. S. P. D. konstatiert, daß die Vorschläge der R. S. P. D. nicht nur keine Grundlage für eine Arbeiterregierung in Thüringen bilden, sondern daß sie auch keine genügende Grundlage zu einer ferneren Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung darstellen, da sie selbst hinter den mangelhaften tatsächlichen Vereinbarungen weit zurückbleiben.“

Die letztere Behauptung ist natürlich nicht wahr, sie soll bloß die Sachgenen die Thüringer ausblenden und zugleich die tatsächlichen Vereinbarungen als Wurst hinstellen. Vergessen Sie doch die R. S. P. D. hinter den großen Worten den blässen Schreien vor der Verantwortung, die Freiheit und Passivität des Scheinradikalismus. So sind denn die Verhandlungen verfallenen und die sozialdemokratische Thüringer Regierung wird nun von den Kommunisten gestürzt werden. Die Thüringer Arbeiterklasse wird die Verantwortlichkeit der Arbeiterregierung in Thüringen, die Herrscher der proletarischen Landtagsmehrheit, zur Rechenschaft ziehen!

### Entspannung im Ruhrgebiet

Eberfeld, 20. Mai. (Eig. Draht.) Der Dienstag im Ruhrkohlengebiet ruhig verlaufen. Die Lohn-erhöhungen sind bereits bekannt geworden und haben günstige gewirkt. Allerdings muß festgestellt werden, daß die Streikbewegung bis jetzt noch unangeordnet ist. Das gilt besonders für die Bezirke Dortmund, Gelsenkirchen und Recklinghausen. Im Bezirk Recklinghausen streiten die Hohen König Ludwig und Blumental 1 und 2. In Frage kommen ungefähr 18.000 Mann. Ebenso ist in Gladbeck und Buer sowie einem Teil des Bezirks Bochum der Streik noch allgemein. Im Landkreis Gattlingen sind die Belegschaften der Becken am Dienstag zum größten Teil wieder eingetroffen. Im Bezirk Pommern beginnt der Streik abzuwachen. In Recklinghausen verhandelt man über die Bildung von Sicherheitswachen. In Gelsenkirchen hat sich eine Arbeiterwehr gebildet, in der u. a. auch neben den anderen gewerkschaftlichen Organisationen die Gelsenkirchener Union beteiligt ist. Im allgemeinen kann man feststellen, daß es in kurzem zu einer Aufnahme der Arbeit kommen wird, doch sind die Gefahren der Situation nicht zu verkennen. Die Frage der Bezahlung der Streiklinge, eine Frage, die schon während des Kampfes und von der kommunistischen Agitation eifrig ausgenutzt wurde, wird schon jetzt debattiert. Es kann hier zu unangenehmen Komplikationen kommen.

Besonders ungelöst ist die Lage im Bezirk Essen. Auf Grund vorliegender Berichte hat sich die Düsseldorfische Besondere Kommission gesehen, bei den Franzosen um Waffenlieferungen für die Mitglieder der Arbeitervereine nachzusuchen. Die Düsseldorfische Regierung will den Ernst der Lage den Engländern vorziehen, mit dem Ziel, den nötigen Schutz und Garantien für die Lohnzahlungen zu erhalten.

Mannheim, 20. Mai. Das Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist heute früh von den Franzosen besetzt worden. Der Betrieb ist stillgelegt. Fünf Chemiker und Ingenieure wurden von den Franzosen als Geiseln festgehalten.

### Die Folgen nationalitätlicher Aufhebung

Eberfeld, 20. Mai. (Eig. Draht.) In Gladbeck wurde auf einen belgischen Posten von zwei jungen Deutschen geschossen. Der belgische Posten, der unverwundet blieb, gab Feuer und verletzte einen seiner Angreifer. Beide wurden festgenommen. Es wurde dynamit bei ihnen gefunden. Die Verhafteten gaben zu, daß sie Sprengungen ausführen wollten. Am Tage zuvor wurden ebenfalls zwei junge Deutschen verhaftet, die sich mit dem Plane trugen, Sprengungen vorzunehmen.

### Belgische Monopolpläne für Deutschland

Jährlich zwei Milliarden Reparationsabgaben

Paris, 20. Mai. Der Matin veröffentlicht die belgischen Reparationspläne, von denen er behauptet, sie seien unregelmäßig, die deutsche Schuld in eine Handelschuld umzuwandeln. Die Zahlungsmittel sollten in Deutschland selbst gefunden werden, ohne daß man internationale Anleihen aufnehmen brauchte. Die Belgier glauben, daß Deutschland jährlich wenigstens 24 Milliarden Goldmark aufbringen könnte. Bisher hätte Deutschland so gut wie kein Monopol. Das Alkoholmonopol bestünde zwar, aber die alkoholischen Getränke seien höchstens mit einem Viertel der Steuern belastet, die in Frankreich bezahlt werden müßten. Der Zucker sei in Deutschland nur mit 0,8 Prozent besteuert, der französische dagegen mit 18 Prozent und der englische mit 13 Prozent. Dasselbe gelte von Tabak. Von den Eisenbahnen habe die deutsche Industrie selbst erklärt, daß diese bei Umwandlung in einen Privatbetrieb jährlich eine Goldmilliarde erwirtschaften könnten. Die Monopole würden internationalen Gesellschaften übergeben werden, an denen die Alliierten einen beträchtlichen Anteil hätten. Die Erzeuger alkoholischer Getränke, die Zuckerraffinerien, die Tabakhändler und die Alliierten Eisenbahnen würden Monopolisten sein. Die Belgier glauben, daß die Monopole und die Eisenbahnen 60 Jahre hindurch je 1,9 Goldmilliarde für Reparationen abwerfen könnten. Dazu kämen 500 Millionen für die Alliierten, im ganzen also 2,4 Milliarden jährlich, d. h. also die 6 Prozent Zinsen von den 40 Milliarden. Außerdem ist eine Zwangsbeteiligung an den deutschen Industrieunternehmen vorgesehen. Eine Bedingung für alle diese Pläne sei aber die Gesundung der deutschen Finanzen. Die Belgier erklärten, die Mark könne stabilisiert werden, wie es zwei Monate lang geschehen sei. Die Markführung habe die Reichsbank keineswegs ruinert, sondern im Gegenteil ihre Devisenreserven um 50 Millionen Goldmark vermehrt, weil selbst

ein provisorisch stabilisiertes Geld eine Anziehungskraft ausübe. Der Reichstag könnte die notwendigen Gesetze schaffen, auch ein Gesetz, wie es der Wiener Nationalrat beschloß, daß nämlich eine Aushebung der gefahnen Geldstücke verboten würde. Das Ruhrgebiet müßte demelde Einnahmequellen schaffen. Die Belegung würde sich auf eine Kontrolle der Lieferungen beschränken. Allerdings bliebe die Drohung bestehen, daß im Fall einer Verletzung Deutschlands wiederum zur Belegung geschritten würde. Die Modade würde aufgehoben werden, und alle Einnahmen gingen dem Reiche zu. Die Ruhrbelegung stelle zwar einen wirklichen Druck dar, aber die Belgier glaubten nicht, daß man sich aus dem Ruhrgebiet begeben könne.

Paris, 20. Mai. Ministerpräsident Poincaré hat dem belgischen Außenminister Jaspar mitgeteilt, daß er bereit sei, Mittwoch den 6. Juni nach Brüssel zu kommen, wo die Verhandlungen über die Reparationsfrage stattfinden sollen.

### Die gesamte Bourgeoisie für Poincaré

Paris, 20. Mai. Die Kammer verhandelte über einen Gesetzentwurf, durch den die Regierung ermächtigt wird, der zum nächsten Regierungsvorhau bis zu 100 Millionen Franc zu leisten. Rumänien soll für die Dienste entschädigt werden, die es während des Krieges den Alliierten geleistet habe. Außerdem sollte man es ihm ermöglichen, sich zu demontieren und für die Aufrechterhaltung des Selbstfriedens zu arbeiten. Der Gesetzentwurf wurde nach Aussprache mit 420 gegen 115 Stimmen angenommen. (So sieht sich Frankreich einen militärischen Vorstoß für den nächsten Krieg.) Die Kammer bewilligte dann das Budgetgesetzwort für Juni, und zwar nach stürmischer Aussprache gegen die Stimmen der Linken. Hieran fehlte die Kammer die Beratung über die Ruhrkredite fort. Demerswerte Reden wurden kaum gehalten. Poincaré stellt am Schluss der Debatte die Vertrauensfrage. Die Sozialisten und Kommunisten erklärten, daß sie die Kredite verweigern würden, während die bürgerlichen Radikalen zustimmten. Bei der Abstimmung wurden die Kredite mit 503 gegen 67 Stimmen angenommen, also Herr Poincaré von der gesamten Bourgeoisie als Vertrauen ausgesprochen.

### Keinerlei Klarheit in Berlin

Berlin, 20. Mai. (Eig. Meldung.) Am Mittwoch werden die nach London und Rom zum Empfang von Informationen entsandten Beauftragten der Regierung in Berlin zurückwartet. Die Herren Cuno und Rosenburg beabsichtigen, von den Mitteilungen dieser Regierungsdirektoren ihre künftige Gesamtinstellung, insbesondere zur Außenpolitik, abhängig zu machen. Schon in Anbetracht dessen eilen die Beauftragten einzelner bürgerlicher Blätter, daß die politischen und finanziellen Grundzüge der neuen Note im großen und ganzen fertiggestellt und zwischen Reichsregierung und Parteien bereits eine Uebereinstimmung erzielt worden sei, den Tatsachen voraus. Am Mittwoch wird die Reichsregierung in der Reichstagskammer im Ausschuss des Reichsrates eine gemeinsame Sitzung zur Besprechung der außenpolitischen Lage abhalten. Auch der Fraktionsvorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der telegraphisch zusammenberufen wurde, wird sich zur gleichen Zeit mit der politischen Gesamtsitzung befassen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird in den nächsten Tagen eine ausführliche kritische Betrachtung über das sogenannte „Angebot der deutschen Industrie an die Reichsregierung“ veröffentlichen.

### Wucherfreiheit als Vorbedingung

Berlin, 20. Mai. Die Vertreter der Landwirtschaft wurden heute nachmittag zu einer Beratung des Reparationsproblems vom Reichsfinanzminister empfangen. In dieser Besprechung kam die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Landwirtschaft zum Ausdruck, weitgehende Opfer auf sich zu nehmen, wobei Voraussetzung sei, daß das Reparationsproblem endgültig gelöst werde. Ueber die Bereitwilligkeit der Landwirtschaft, sich an der Garantieleistung für das neue deutsche Angebot zu beteiligen, meldet das Berliner Tageblatt, die Landwirtschaft habe ihre Mitwirkung u. a. davon abhängig gemacht, daß sich der Staat jeder zwangsmaßige Eingriffe in die Produktion, z. B. der Enteignung, enthalte. Die Landwirtschaft sei der Auffassung, daß, wenn sie ihre Kräfte im Dienste der Lösung des Reparationsproblems stelle, der Produktion keine Fesseln angelegt werden dürfe und jede Zwangswirtschaft fortfallen müsse. Unter diesen Voraussetzungen sei die Landwirtschaft bereit, die gleiche Summe auf sich zu nehmen wie die deutsche Industrie.

### Leben • Wissen • Kunst

#### 13. deutscher Dermatologenkongress

Der diesjährige 13. Kongress der deutschen dermatologischen Gesellschaft hat unter reger Beteiligung in diesen Tagen in München stattgefunden. Unter den 700 Teilnehmern des Kongresses war das Ausland, vor allem Deutschösterreich, die Schweiz und Ungarn, stark vertreten. An führenden Gelehrten der dermatologischen Wissenschaft weichen unter anderem in München Jadassohn, Dresler, Hoffmann, Bonn, Kuntz, Berlin, Mücke, Göttingen, Weiler, Cannstatt, Scholz, Königberg, Weilmann, Geibelberg, Ghrmann, Fingert und Nibel aus Wien, und Kreibitz, Prag. Der Kongress befaßte sich mit zahlreichen Problemen und neuen Erregungsformen der Dermatologie, die je bekanntlich eines der Gebiete der Medizin ist, auf dem fast täglich wesentliche Fortschritte gemacht werden. Sehr interessant waren die praktischen Vorträge, darunter Versuche an Ratten und Affen, auf die man Syphilis übertragen konnte und bei denen sich Chininsalbe als lokales Schutzmittel erfolgreich bewährte. Weiter wurde über die Mikroskopie berichtet, die neue Abgrenzung der Haut, die namentlich bei Kindern an der Kopfhaut auftritt und sich von Westrosch bei Japan verbreitet hat. Mit dem Kongress war auch eine sehr beachtenswerte, umfangreiche Ausstellung wissenschaftlicher Hilfsmittel verbunden, an der Münchner und bekannte auswärtige Firmen beteiligt waren.

#### Theater

Opernhaus. In der gestrigen Fida-Illo-Aufführung gastierten Kammergänger Karl Herron, das Stimmmitglied unseres Ensembles, als Gigarro und Hendrik Appels als Florestan. Appels Stimme erschallte so gut wie tonlos und tremolierende so hart, daß das Ohr des Zuschauers kaum einen brauchbaren Ton einbringen konnte. Besondere Leistungen hervorzuheben trafen beim Frau Sierod-Rimpel in der Titelrolle und Jottmar als Katermester Nocco. Puffler hatte die kleine, erst zuletzt in Wirksamkeit tretende Rolle des Don Fernando erfolgreich übernommen, eines Rindlers, der den Terror zu brechen und Ordnung herzustellen mußte. Man kann sich denken, wie eine solche Rolle dankbar ist für den, der sie durchführen kann. P. B.

#### Ausstellung

Deutschschmen. Eine Ausstellung, deren Aufgabe es ist, in die Kulturwelt, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Deutschschmen in der heutigen Tschecho-Slowakei einzuführen, veranstalten im Reuen Rathaus zur Zeit die Dresdner Stadt-Mitglieder und das Reichsarchiv unter Mitwirkung des Vereins für Kulturbund, des Vereins für Deutschstum im Ausland und des Deutschen Kolonial. Das mit großem Fleiß zusammengestellte Material bringt manchem Besucher erst zum Bewußtsein, daß innerhalb der tschechischen Grenzen noch 84 Millionen Deutsche leben, deren viel-

seitiges kulturelles und wirtschaftliches Arbeiten von außerordentlichem Wert ist. Zahlreiche Karten geben Aufschluß über die Geschichte der Deutschen in Böhmen, über die ersten Grenzfestungen, die konfessionellen Einteilungen. Druckwerke liegen aus über die Entlohnungen der Städte, ihre Gewerbe und über die Industrie im Lande. Photographien, Wandtafeln, Stiche veranschaulichen die von den Deutschen bewohnten Landschaften. Ueber den politischen Kampf der Deutschen in ihrem neuen Staate unterrichtet eine große Anzahl Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren. Eine Sammlung alter Urkunden über die Duffenstränge liegt aus. Ein gut dargestelltes statistisches Karten sind die Veranschaulichungen zwischen Sachsen und Böhmen aufgeführt. Ueber die Epulantenbewegung in Sachsen unterrichten Karten und Urkunden. Originell sind die Kundenerlässe zahlreicher deutschböhmischer Städte, die sich in ihrer gefälligen und auch künstlerischen Aufmachung wesentlich von unseren heutigen Arbeitszeugnissen unterscheiden und ein Bild deutschböhmischer Städtebaukultur ausstrahlen. Schließlich geben nochmals zahlreiche Karten Aufschluß über die Sprachverhältnisse in Vergangenheit und Gegenwart, über die Ergebnisse der Wahlen und ihre Bedeutung für die Deutschen, über die Verbreitung der Schulen in rein deutschem und in tschechischen Gebieten. Dem sachlichen Wanderer, dem Naturfreund dürfte als ehemals eifrigem Besucher des böhmischen Mittelgebirges die deutsche Kulturarbeit in der Tschecho-Slowakei nichts Fremdes sein, hier aber überblickt er sie gedrängt noch einmal im Zusammenhang. Und wer bisher von dem Bruderstamm jenseits der Berge nur wenig durch Hörensagen wußte, dem gibt die Ausstellung im Reuen Rathaus Gelegenheit, die Böhmen zu ergänzen und für das Verständnis deutschböhmischer Lebenskreise sich eine sichere Grundlage zu schaffen. Ku-

#### Vortrag

Heimatschutzvortrag. Es gibt immer noch Sachsen, die glauben, nordwärts der grünen Weidenfläche lange die große Blüte an, in der man als Abwechslung höchstens dann und wann ein preußisches Kamel treffe. Daß aber die vielbesprochene „Sandstroläher“ des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“ besser ist als ihr Rat, daß sie dem billigen Auge landschaftliche Reize von hoher Schönheit bietet, das zeigte dem Dresdner Mitglieder des Vereins Sächsischer Heimatschutz eine „malerische Wanderung durch die Mark Brandenburg“ im Hochlande, bei der Professor Franz Goetze, der Leiter der Berliner Wanda, führte.

Gump, Sand, Heide sind des Wärders Freunde; Heide, Gump, Sand hat sein Vaterland

sagt ein alter Spottvers. Aber die Rechnung hat ein Loch. Sie läßt das Beste weg; die Seen, wie sie in gleicher Zahl und Größe neben der Mark nur noch Finnland und Mecklenburg haben. In den Wäldern verbergen sie sich dunkel, gabelnig, rings umgeben von hohen Ästern, die ihre rotbraunen Stämme und ihre schwarzen Ästern in dem glatten Wasser spiegeln; zwischen kimmernden Wäldern und gelbem Himmel streifen sie durch wie große herabgelassene Schiffe des Himmels. Reizvolle Sandufer lindern das

Wage und laden zum „Buddeln“ und Baden. Dreizehner Seerosenblätter schwimmen auf der Flut, Schilddüsen (Schilffolien) hängen wie ein Kranz am Ufer. Immer sind die märkischen Seen schön; in der flirrenden Mittagshitze des Hochsommers, am Abend, wenn sie im Widerspiegel der Wolkenruhen, im Silberlichter herbstlicher Regentage, in der Herminverbrämung des Winters, in Stille und Sturm. Nur ganz schmale Vorstellungen von der Wirklichkeit können selbst die besten Lichtbilder geben. Wenn also vor ihnen noch mancher Dresdner überläßt den Atem anheilt, so mühte er vor Entzücken laut aufschreien, wenn er plötzlich in Wahrheit an dem Ufer solch eines märkischen Sees stünde und nicht bloß die schönen Zeichnungen Linien und die Farben sähe, sondern zugleich den unendlichen Wasserflut und die frische Brise schmeckte.

Außer den Seen hat die betrachtete Mark noch manch andre Schönheit; endlose melancholische Kieserbetten, lichte Eudendwälder; malerische Burgreste auf den Höhen des Fläming, Rabenstein, Eilenburg und die prächtige Wiedenburg; alte Alster, die meist die Fingerringe grüneten, einige umgewandelt zu Stiften oder Domänen, viele nur noch Ruinen: Heiligengrabe, Behm, Himmelstorf, Marienthal, Behndel und vor allem Thors, das kleinstm märkischer Wandsteinort; alle Ärdern, verlorne Tore und Türme in der stilleren Bundeshauptstadt Brandenburg und in den Orten der Alt- und Neumark, der Briegwitz und der Uckermark. Gemiß, es ist eine andre Art Schönheit in der Mark, als die des Hochgebirges, Elbweißdeutschlands, der Sächsischen Schweiz und anderer berühmter Gegenden. Der Hauptreiz geht von der Stimmung aus, die über der Landschaft, selbst der farbigen, liegt; und man braucht um sie zu spüren, vielleicht besonders empfindsames und geschicktes Sinne. Wer aber darüber verfügt, dem erscheint die Mark, auch wenn sie nicht seine Heimat ist, wohl der Liebe wert, die ihre Kinder zu ihr tragen.

Mit einem Ausflug in die Inselwelt des Spreewaldes schloß der Abend, der natürlich längst nicht alles zeigen konnte, was der Reizgen wert gewesen wäre. Immerhin: Wenn er den Reibel, der für viele Sachsenaugen noch über der Mark liegt, nur um ein kleines läßt, so war er nicht unsonst.

#### Dresdner Kalender

Theater am 31. Mai. Opernhaus: Tannhäuser (6). — Schauspielhaus: Gnom (6). — Reuhaus: Schauspielhaus: Jugend (7 1/2). — Residenz-Theater: Die Rajadere (7 1/2). — Central-Theater: Der Wülfing der Barin (7 1/2).

Schauspielhaus. Goethes Gnom (mit der Musik von Beethoven), der in neuer Inszenierung und Ausstattung am Donnerstag (24) gespielt wird, ist folgenreich besetzt: Margarethe von Barma: Selbach; Graf Gnom: Linber, Wilhelm von Oranien: Decarli; Derzog von Albo: Wehner; Ferdinand: Dirmaser; Racheball: Weiler; Richard: Hoffe; Silba: Bontast; Gnom: Barast; Märchen: Dietrich; Mrs. Mutter: Hiele; Brandenburg: Paulsen; Jette: Sante; Coek: Schröder; Zimmermann: Köder; Seifensieder: Oltwald; Ruy: Ruy; Ruy: Ruy; Ruy: Ruy.



# Kampf der internationalen Reaktion!

Die vom Hamburger Kongress zur Frage des internationalen Kampfes gegen die Reaktion angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der Krieg hat in aller Welt als eine seiner verhängnisvollsten Wirkungen die Besinnungslosigkeit, politische und wirtschaftliche Fragen mit Gewalt auszufragen. Die Klassen, die sich durch die wachsende Macht der Arbeiterklasse bedroht fühlen, verlassen die demokratische Regierungsform und nehmen ihre Zuflucht zur Gewalt, um das Machtverhältnis der Klassen zu ihren Gunsten zu verschärfen. Gegen diese Gewalttätigkeiten der Bourgeoisie muß die Arbeiterklasse die Demokratie verteidigen. Der Kongress erhebt neuerlich die Forderung nach dem Ausschluß der politischen Flüchtlinge, verlangt die Befreiung aller, die für die sozialistische Idee im Gefängnis schmachten, und ruft die Arbeiterbewegung der ganzen Welt zu einem entschlossenen und geschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion auf.

1. Der Kongress ist der Ansicht, daß letzten Endes die Arbeiterklasse in jedem Lande ihren eigenen Kampf für ihre politische und gewerkschaftliche Befreiung kämpfen muß. Er wendet sich nachdrücklich gegen jeden Versuch einer militärischen Intervention, jeder Blockade oder Boykott, ganz besonders dann, wenn diese Mittel gegen Staaten gerichtet sind, die das Mißfallen der herrschenden Klassen sich zugezogen haben. Er verurteilt die fortgesetzte Anwendung terroristischer Methoden durch die russische Regierung und die Befreiung der demokratischen Gewandtheit als eine Gefahr nicht nur für den russischen Arbeiter, sondern für die wichtigsten Interessen des internationalen Proletariats; aber er fordert zugleich die Arbeiterbewegung auf, jeder Form der Intervention kapitalistischer Regierungen gegenüber Mißtrauen zu hegen. Eine Intervention unter ihrer Führung würde nicht die Fesseln der gegenwärtigen Klasse der russischen Revolution beseitigen, sondern die Revolution selbst. Seit einer Herrschaft der blutigen Konterrevolution auftritten können, die zum Instrument der Ausbeutung des russischen Volkes durch den Imperialismus des Westens wurde. Der Kongress ruft daher alle sozialistischen Parteien, insbesondere jene in den alliierten Ländern und den Nachbarländern Rußlands auf, sich nicht nur jeder Intervention zu widersetzen, sondern für die vollständige rechtliche Anerkennung der russischen Regierung und die abschließende Wiederherstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Rußland nachdrücklich zu wirken.

2. Der Kongress fordert die Arbeiterklasse in allen Ländern auf, die auswärtige Politik der herrschenden Klassen nach sich zu verfolgen, damit sie nicht zur Förderung politischer und gewerkschaftlicher Interessen ihrer Grenzen führt. Die wiederholte Gewaltanwendung der Alliierten gegen Deutschland treibt drei Klassen des deutschen Volkes in die Arme der nationalsozialistischen und monarchistischen Reaktion, die den Frieden der Welt gefährden, die Anerkennung der Verpflichtungen durch die Massen des deutschen Volkes erschweren und in ganz Mitteleuropa die Reaktion entfesseln würde. Die Republik ist dadurch gefährdet, der Militarismus wird dadurch erneuert und die deutsche Arbeiterklasse wird mit gewaltsamer Niederschlagung bedroht. Der Kongress ruft die deutsche Arbeiterklasse zum entschlossenen Widerstand gegen die Konterrevolution und gegen die Sabotage der deutschen Kapitalisten auf, die die Opfer verweigern, die sie im Interesse der Verpflichtungen Deutschlands bringen sollen. Er fordert die sozialistischen Parteien der alliierten Länder auf, ihren deutschen Genossen wirksame Unterstützung zu leisten, indem sie sich in ihren Ländern der Politik ihrer eigenen Regierung widersetzen, die freie Arbeiter dem militärischen Despotismus unterwerfen, die Souveränität der deutschen Republik, die Integrität ihres Gebietes, die wirtschaftlichen Interessen ihres Volkes und ihre Würde selbst verlegt.

3. Der Kongress fordert die sozialistischen Arbeiterparteien auf, in allen Ländern für Ausrottung des nationalsozialistischen Hasses zu wirken. Dies ist insbesondere ihre Pflicht in Ländern, wo nationale Minderheiten ihre vollen politischen Rechte und ihre kulturelle Autonomie bewahren werden. Die Ungleichheit der nationalen Minderheiten wird von den reaktionären Parteien für ihre Zwecke ausgenutzt und verstärkt die Gefahr des Krieges und der Reaktion. In einigen dieser Länder hat der Faschismus die besondere Gefahr des Antisemitismus angenommen und ist zur Gefahr geworden, die von der gesamten Arbeiterklasse bekämpft werden muß. Der Kongress fordert daher die sozialistischen Arbeiterparteien in allen Ländern, wo solche Minderheiten bestehen, insbesondere in den durch die Friedensverträge neu geschaffenen Staaten, auf, alle Kraft einzusetzen, um die Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung und kulturellen Freiheit zu verwirklichen. Nur die Anwendung dieser Prinzipien vermag nationale Minderheiten mit dem Staat, dem sie eingegliedert sind, zu verschmelzen.

4. Der Kongress lehnt die Kapitalisterei der Arbeiterklasse auf die Verfolgung der kapitalistischen Regierungen, auf dem Wege der Finanzkontrolle und durch andere wirtschaftliche Maßnahmen eine verschärfte Form der Intervention zu schaffen. So begünstigt in Österreich die Finanzkontrolle die kapitalistische und monarchistische Reaktion und bedroht die Macht der Arbeiterklasse. So laßt der wirtschaftliche Druck der kapitalistischen Regierungen auf der äußeren und inneren Politik der menschlichen Staaten. Daher fordert der Kongress alle sozialistischen Parteien

zum entschiedenen Kampfe gegen diese rücksichtslosen Formen der internationalen Reaktion auf.

5. Der Kongress ist der Ansicht, daß in der Kaffklärung der öffentlichen Meinung der Welt der Internationale eine äußerst wichtige Rolle zu spielen hat, um die Massen in jenen Ländern zu bezeichnen, in denen die gewalttätige Reaktion herrscht. Der weiße Terror in Ungarn, die faschistische Diktatur in Italien, die Armenienverfolgungen in der Türkei haben nicht nur in diesen Ländern die Demokratie zerstört und die organisierte Arbeiterklasse verlagert, sie sind ein gefährliches Beispiel, das nur zu geeignet ist, das politische Leben der anderen Länder zu vergiften.

Der Kongress fordert die sozialistischen Arbeiter auf, die Informationen, die die Exekutive liefert, nach Möglichkeit auszunutzen, um die Ausbreitung des Faschismus vor das Gesicht der gebildeten Menschheit zu ziehen. Die sozialistische Arbeiterinternationale ist der gegebene Beschützer der unterdrückten Arbeiter. Aber solange Ungarn seiner Arbeiterklasse nicht die Demokratie und Freiheit gibt, wird die Internationale diesem reaktionären Band jede Unterstützung verweigern, um auf die Regierungen der Alliierten einen Druck zu üben, daß sie das konterrevolutionäre Ungarn hinsichtlich der Entlassung nicht ungünstiger behandeln als das demokratische Österreich, Dänemark und Bulgarien.

Der Kongress ruft die Arbeiterklasse aller Länder auf, ihre ganze Kraft zum entschiedenen Kampf gegen die internationale Reaktion zu sammeln, den gewalttätigen Angriff des Kapitalismus abzuschlagen, die Demokratie in der ganzen Welt wieder herzustellen und so die Bedingungen zu schaffen, die den Sieg des Sozialismus verbürgen.

## Resolution über Rußland.

Der Kongress erachtet es nach wie vor für die Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, mit allen Kräften gegen die Bestrebungen der imperialistischen Mächte anzukämpfen, in den inneren Angelegenheiten Rußlands zu intervenieren oder in Rußland einen neuen Bürgerkrieg zu entfesseln und erklärt im Namen der Millionen sozialistischen Proletariats, die hinter ihm stehen und im Interesse sowohl der russischen als auch der gesamten internationalen Arbeiterklasse der gewaltsamen Intervention des Imperialismus die moralische Einwirkung des internationalen Proletariats entgegenstellen. Um aber Rußland als eine Stütze der Revolution zu erhalten und es nicht zu einem Herd der Weltreaktion werden zu lassen, unterstützt der Kongress folgende Forderungen, die die russische Sowjetregierung, indem er sie an ihren proletarischen Ursprung erinnert:

1. Sofortige Einstellung der schändlichen Verfolgungen gegen Sozialisten und andere Bekannte Arbeiter und Bauern in Rußland und dem von russischen Truppen okkupierten Georgien. Sofortige Freilassung aller Personen, die für die Propaganda ihrer politischen Überzeugungen verurteilt, verhaftet oder verbannt worden sind.

2. Vollkommener Verzicht auf das System der terroristischen Parteidiktatur und Nebergang zum Regime der politischen Freiheit und der demokratischen Selbstverwaltung des Volkes.

Der Kongress spricht allen sozialistischen Parteien des bolschewistischen Territoriums in Rußland und in Georgien seine warmste Sympathie aus und erklärt es als Pflicht aller Sozialisten und Arbeiterparteien, den russischen Sozialisten, die im Sinne dieser Resolution wirken, jede mögliche moralische und materielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

## Die Einkommensteuer im Mai

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht heute die Uebersicht über die Einkommenssteuern vom April. Mit besonderem Interesse dürfte diesmal dieser Veröffentlichung entgegenzusehen werden, da durch das Geldentwertungsgesetz die beschleunigte Zahlung der rückständigen Steuern für das Jahr 1922 angeordnet ist. Die Uebersicht aber enttäuscht; denn die Einnahmen, besonders der Einkommensteuer und der Zwangsbeiträge, sind verhältnismäßig gering. Im Einkommensteuern sind eingegangen insgesamt 277 873 968 571 R. Davon entfallen auf den Lohnabzug 219 199 048 073 R., das sind 78,79 Prozent, auf andre Steuern 58 674 920 500 R., das sind 21,21 Prozent. Obwohl also bis Ende April die Zahlungen für die Einkommensteuer der Veranlagten zu leisten waren, ist auch diesmal nur ein Bruchteil der von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufzubringenden Summe von allen übrigen Steuern eingegangen. Ganz besonders ist dies bei der Einkommensteuer der Fall, die im Monat Mai zur Verrechnung kommen, andererseits ist aber auch der Lohnabzug diesmal unvöllig eingegangen. Das ist die Folge des gewaltigen Anwachsens der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit. Dadurch wird der Gesamtbeitrag der Lohnsteuer um mindestens ein Drittel vermindert. Bei Berücksichtigung dieser Umstände treten die Wirkungen des Geldentwertungsgesetzes mit dem gewaltigen steuerlichen Schonung der Sachverwalter klar zutage. Obwohl wir mit unserem endgültigen Urteil bis zum Bekanntwerden der Zahlen über den Eingang der Steuern im Monat Mai zurückhalten wollen, darf doch schon heute gesagt werden, daß die Verhältnismäßigkeit des Eingangs der Steuern im April ein neuer Beweis für den Fortbestand des in Deutschland herrschenden Steuerrechts darstellt.

## Sächsischer Landtag

(Schluß)

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Debatte kommt zunächst der Antrag über die Ausgabe von Kassenanweisungen durch die Landes- und Kulturzentralbank.

Nach der Vorlage hat genannte Bank neben dem in den Beschlüssen vom 30. Juni 1914 bestimmten Aufgabebereich den weiteren Zweck, zur Erhaltung und Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung sachliche, forst- und landwirtschaftlich genutzte Grundstücke mit werthbeständigen Forderungen zu besetzen. Zu diesem Zwecke gewährt die Landes- und Kulturzentralbank durch die Sächsische Kassenanweisungsbank, Aktiengesellschaft, Darlehen in Kassenanweisungen. Die Darlehen werden in andauernden Schuldverhältnissen, die von der Landes- und Kulturzentralbank auf den Anhaber ausgestellt sind und auf eine bestimmte Menge laien (Kassenanweisungen) der Landes- und Kulturzentralbank gerichtet. Der Kassenpreis, nach dem die Kassenanweisungen zu vergütigen, istigen und zurückzuführen sind zu entrichten sind, bemittelt sich nach dem Durchschnittspreis für Kassenanweisungen der Dresdener Produktionsbank.

In der Debatte erklärt Herr Schmöder (Soz.): Wir glauben, daß die Beschaffung des Weg frei machen kann für eine erweiterte und intensivere Bodenkultur. Der Kassen hat nicht dem Golde als Vorzüge die man an einem Geldmangel legen kann. Es geht aber nicht ohne einen Eingriff in das bisherige System des Getreidehandels. Es muß eine Organisation der Getreideverteilung zum Tragen an den Verbraucher eintreten.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß. Weiter wurde die Regierung ersucht, beim Reichsministerministerium auf die Erfüllung der von der Stadt Götz und weiteren elf Stadt- und Landgemeinden in ihrem an den Landtag gerichteten Mittelgesuch vom 15. März 1923 aufgestellten Forderungen, soweit sie die Hebung der Verkehrsverhältnisse und die Ausführung notwendiger Bauarbeiten, insbesondere die direkte Einführung der Schmalspurbahn von Schönfeld-Wiesa nach Dörfelsch Annaberg betreffen, hinzuwirken, im Uebrigen aber den Geschäftstellen anheimzugeben, sich mit ihren sonstigen Wünschen an den zuständigen Eisenbahnbauamt zu wenden.

## Eine Regierungserklärung

Minister des Innern Heilmann gibt gegenüber den landespolitischen Berichten in der Presse eine Erklärung zu den Vorgehens in Dresden ab, die vor im Kassen an anderer Stelle veröffentlicht.

Denn kam noch eine Anfrage der Deutschematiker, malen zur Verhandlung, in der darüber Bescheidene gefaßt wurde, daß der Bezirksverband Grimma von den Baderbetriebern einen Preis von 50 000 R. pro Doppelzentner rationierten Weizenmehles fordert, während alle übrigen Bezirksverbände einen bedeutend niedrigeren Preis, zwischen 30 000 R. bis 38 000 R., verlangen. Da aber das Weizengebät von den Baderbetriebern nicht höher verkauft werden dürfe, als in den anderen Anstaltsmannschaften, müßten die Bader die ganze Last der unverantwortlichen Höhe des Weizenpreises tragen.

Abg. Kuntzsch (Drs. Sp.) behauptet, der Bezirksverband Grimma wäre nicht kaufmännisch verfahren und hätte Inflation angebracht.

Wirtschaftsminister Hellwig erklärt, daß die Regierung die Sache geprüft habe. Von einer Schädigung der Bader im Vergleich zu denen in anderen Bezirken könne keine Rede sein. Es sei auch nicht richtig, daß der Bader nicht einmal das in seinen Erzeugnissen vorhandene Mehl und die Hefe vergütet erhalte.

Abg. Ruder (Soz.) gibt Kuntzsch den Rat, den Landtag mit solchen Anfragen zu versehen.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Drei weitere Vorlagen, die die Änderung der Herstellungsordnung, die Änderung der Gebührenordnung für Tierärzte sowie die Bewilligung weiterer Mittel zur Kreditbeschaffung für notleidende Gemeinden (1 Milliarde) betreffen, werden in fortiger Berathung unbenutzt angenommen.

## Lartarennachrichten

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt der Presse: Durch zahlreiche Blätter gehen Meldungen über die Unruhen in Dresden, die die Vorgänge des Montag in außerordentlich übertriebener Art darstellen. Bestrafung wird von zahlreichen Seiten, teilweise von sieben getöteten Demonstrationen berichtet. Verschiedene Blätter haben diese Lartarennachrichten bereits veröffentlicht. Es ist aber notwendig, nicht bloß festzustellen, daß es keine Toten gegeben hat, sondern daß überdies die Schreckensreden am Montag nicht besonders gefährlicher Art gewesen sind. Am Dienstag ist überhaupt kein Schuß gefallen. Am Montag sind höchstens fünf Schüsse abgegeben worden. Dadurch sind zwei Demonstrationen nicht gefährlich verlegt worden. Da aus der Menge Schuß geschossen worden ist, sieht nicht einmal jeder so. Es besteht die Vermutung, daß wenigstens einige der Demonstrationen von Feuerwerkskörpern herbeizogen, ebenso teilweise jene, die abgegeben wurden, als eine Polizeibatterie nach der Blindierung des Waffenlagers an der Wettinerstraße anrückte. Jedenfalls ist von den Polizeimannschaften niemand durch einen Schuß verletzt worden. Die Verletzungen, die bei der Polizei und bei den Demonstrationen zu verzeichnen sind, rühren von Schlägen bei den Zusammenstößen her. Ein Beamter wurde durch einen Messerstoß verwundet. Die meisten Verletzungen von sieben und mehr Toten sind wahrscheinlich direkt böswillige Erfindungen einiger Personen, die sich amüßigen Charakter unbekannt angeht haben.

Wie leichtfertig solche Gerüchte verbreitet werden, zeigen zwei Vorgänge: Von einem Abgeordneten wurden zwei angesehene Angewandten zur Polizei geführt, die Aussagen sollten, daß ein Mann von der Polizei erschossen worden sei. Bei der Weitergabe im Kreisgeheim wurde eingestanden, daß die hohen Leute selber nichts gesehen hätten, ein Kollege sollte den Vorgang beobachtet haben und dieser Kollege war natürlich nicht aufgetaucht. Auf der Bahn wurde von einem Abgeordneten sogar gesagt, daß es am Montag in Dresden neue Tote gegeben habe. Solche Nachrichten werden von den Feinden der Regierung mit bewußtem Zweck verbreitet. Um so wichtiger sollten alle republikanischen Bevölkerungskreise bei der Weitergabe solcher Gerüchte sein, zumal ihre Verbreitung auch eine wirtschaftliche Schädigung Dresdens bedeutet, dessen Fremdenverkehr auf solche Weise natürlich beeinträchtigt wird.

## Lezte lokale Nachrichten

Einbruch. In der Nacht zum 28. Mai wurden aus einem Geschäft am Birnichen Platz mittels Einbruchs ein Einrichtungsstück aus echtem Krokodillleder, verschiedene Damenschuhe, Etuis, Behälter und Briefstücken im Gesamtwerte von 4 Millionen Mark gestohlen. Die geschädigte Firma hat für Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen 200 000 R. Entschädigung zugesichert.

Kollisionsfall. Am 24. Mai wurde ein neues Sueditionswagen, vermutlich auf der Annaberger, ein Rollen Fahrrad, mit einem kleinen Streifen, im Werte von 875 000 R. gestohlen. Der Wagen war L 252 gezeichnet.

Erhängt aufgefunden wurde am 28. Mai im Staatsforstrevier Dresden ein unbekannter Mann. Die Leiche wurde nach dem Bruchhose in Kroghe übergeführt. Der Tote ist etwa 35 Jahre alt, 1,80 Meter groß, schlank, bartlos, hat wenig graues Haar, blaue Augen, dunkle Nase und blasses Gesicht. Die Kleidung besteht aus Militärtrikot, grauer Unterhose und Strickjacke, braunem, weissen Vorhemden, schwarzer Weste, brauner Jacke, grauer Sportmütze, Militärhandschuhen, Drillschuhe, von braunen Lederriemen gehalten. Sachdienliche Mitteilungen erbittet das Landesstriminalamt Dresden, Schlegelstraße 7, 3., Zimmer 199.

Mit 18 Millionen Mark Künftig aus Stargard in Pommern ist der Werkhelfer Fritz Kuhl, am 14. Juli 1875 zu Wangerin geboren. Kuhl wird wie folgt beschrieben: 1,63 Meter groß, unterseht, volles Gesicht, dunkler verstaubter Schnurrbart, trägt den Kopf vornüber geneigt. Im Gesicht ist eine starke Narbe, von einer Operation herrührend, sichtbar, desgleichen an der linken Hand. Mitteilungen über den Aufenthalt des Kuhl nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

## Der Dollar 59 850,-

Bericht, 29. Mai. (Kaufkraft)	30. 5.		30. 5.		29. 5.		29. 5.	
	Gold	Uebel	Gold	Uebel	Gold	Uebel	Gold	Uebel
Amsterdam . . . 1 Gulden	2350,06	2663,94	2355,41	—	2360,00	—	—	—
Buenos Aires . . . 1 Peso	20977,50	210591,50	21007,22	—	21202,58	—	—	—
Konstantinopel . . . 1 Lira	8850,81	8899,50	8750,56	—	8790,44	—	—	—
London . . . 1 Pfund	1102,27	1111,78	1107,31	—	11102,69	—	—	—
Singapur . . . 1 Stra	15010,19	15589,88	15580,28	—	15680,75	—	—	—
Hankow . . . 1 Hk. Markt	1859,84	1908,16	1837,94	—	1868,16	—	—	—
Belgien . . . 1 Frank	3401,47	3418,58	3401,47	—	3418,58	—	—	—
Italien . . . 1 Lira	2857,38	2872,17	2867,88	—	2872,17	—	—	—
London . . . 1 Gld. Sterl.	276807,50	277892,50	278806,20	—	278193,70	—	—	—
Neuhort . . . 1 Dollar	59850,-	60150,-	59836,06	—	60124,04	—	—	—
Paris . . . 1 Frank	3975,08	3994,97	3987,57	—	3987,45	—	—	—
Schweden . . . 1 Frank	10862,-	—	10828,87	—	10877,18	—	—	—
Spanien . . . 1 Pesta	—	—	9187,19	—	9172,88	—	—	—
Wien (abgefl.) 100 Kronen	—	—	85,08	—	85,47	—	—	—
Woz . . . 1 Stra	—	—	1742,50	—	1804,50	—	—	—
Budapest . . . 1 Stra	—	—	11,42	—	11,48	—	—	—

## Polnische Noten 000

Am heutigen Devisenmarkt herrschte bei im allgemeinen wenig lebhaftem Geschäft starke Unsicherheit. Die Kurse wichen mehrfach Schwankungen auf. Der Dollar setzte mit ungefähr 60 000 ein, ging dann vorübergehend auf 50 000 herunter und befestigte sich an der Börse auf 59 750. Englische Pfunde wurden mit 278 000 umgekauft. Am Effektenmarkt hielten sich die Kaufstränge und Verkaufstränge so ziemlich die Waage, doch scheint die Neigung zu Werten eher zu überwiegen. Die Tendenz ist nicht einseitig und die Unsicherheit am Devisenmarkt läßt einen gewissen Druck auf den Effektenmarkt aus.

## Wasserstände der Moldau, Hser, Eger und Elbe

Ort	27.		28.		29.		30.	
	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	
Moldau	27	28	27	28	27	28	27	28
Hser	27	28	27	28	27	28	27	28
Eger	27	28	27	28	27	28	27	28
Elbe	27	28	27	28	27	28	27	28







### Die Gewerbeaufsicht in Sachsen

Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsdirektoren für 1922 sind erschienen (188 Seiten Großformat). Wir entnehmen ihnen, daß Anfang des Berichtsjahres den 18 Gewerbeaufsichtsdirektoren 56 Beamte zur Verfügung standen, die bis Ende 1922 auf 66 vermehrt wurden.

Eine Neuorganisation bewirkte, daß den Gewerbeaufsichtsdirektoren nunmehr ein selbständiges polizeiliches Verfügungsrecht zur Durchführung von § 120a u. ff. der Gew.-Ord. und der entsprechenden Bestimmungen in den Nebengesetzen erteilt wurde.

Gingänge, Prüfungen und Amtshandlungen überhaupt stiegen sich auf der Höhe des vorigen Jahres; der einzelne Beamte wurde dadurch ausnehmend um eine Kleinigkeit entlastet, die Ausprägung mit den Betriebsräten wegen des aber auf der Verleser mit Staatsanwaltschaft und Gerichten war umfangreich. Im Verfolg der ermittelten Verstöße gegen die Arbeiterschutzvorschriften wurden 1121 Strafangelegenheiten, die zu Strafen bis zur Höhe (17 „Söhe“) von 6000 M. führten.

Der Verkehr der Arbeiter mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie deren Organisationen hat sich bis auf seltene Ausnahmefälle ohne ernsthafte Reibereien vollzogen; diese betrafen, soweit es erlosch, aber nur Konflikte mit Unternehmern. Bejodet wurden die Arbeiter in 1922 von 6139 Unternehmern und 1704 Arbeitern (1921: 5897 und 1232); jährliche Beschwerden aus Arbeiterkreisen liefen 2100 (1921: 1685) ein.

In der ersten Hälfte des Jahres zeigte sich infolge des Sinkens der deutschen Währung ein starkes Sinken der Arbeiterverhältnisse; aber es war eine Scheinblüte und seit dem 1. September verschlechterte sich der Beschäftigungsgrad wieder bedenklich. Am 2. Mai wurden 38 733 Betriebe gegählt mit 1 030 406 Arbeitern, gegen 35 588 Betriebe mit 899 534 Arbeitern in 1921. Die Textilindustrie behauptete den seit 1920 wieder eroberten ersten Rang, hat ihre Arbeiterzahl gegen 1913 sogar um rund 20 000 vermehrt. Die zweite Stelle nimmt die Maschinenindustrie ein; sie hatte rund 70 000 Arbeiter mehr als 1913. In der Zigarrenindustrie hingegen, die schon Anfang Mai etwa 800 Arbeiter weniger als im Vorjahre beschäftigte und damit dem Stand von 1913 ziemlich nahe gekommen war, verschlechterte sich der Beschäftigungsgrad immer mehr, so daß die Arbeitszeit wesentlich herabgesetzt und die Arbeiterzahl noch mehr verringert werden mußte. Auch im Gastwirts- und Metzgereiwesen war ein Rückgang zu verzeichnen; gegen das Vorjahr um 162, gegen 1913 aber um 1622 Betriebe. Die Zahl der Beschäftigten war zwar um 778 höher als im Vorjahr (wohl infolge der Schichtentlastung), blieb aber noch um 4238 gegen die letzte Fällung vor dem Kriege zurück. (Der Rückgang betraf also in der Hauptsache die kleinen Betriebe.)

Der Wirtschaftsentwurf hat während des Berichtsjahres weitere Fortschritte gemacht und ist durch die Wünsche der Gewerkschaften wesentlich gefördert worden. In Groß- und Mittelbetrieben darf er als fast eingetragelt angesehen werden — der Kleinbetrieb wird sich mit ihm aber noch durchaus nicht abfinden. Fortgeschrittene Liebertreibungen waren z. B. in den Betrieben des guten Beschäftigungsgrades in den kleinen Bahnhofsstationen des Vogtlandes festzustellen und die Gewerbeaufsichtsdirektoren hatten allerorten einen großen Kampf gegen die Zwangsarbeiten wegen der Liebertreibungen zu führen, die leider noch oft von den Arbeitern gebilligt oder gar gewünscht wurden. Der Bericht konstatiert mehrfach, daß in diesem Kampfe die Amtsanwälte sich als nicht besonders gute Vertreter der Arbeiter- und Beschäftigteninteressen gezeigt haben. Auf 538 Strafangelegenheiten in dieser Rubrik erfolgten 463 Verurteilungen mit Geldstrafen zwischen 100 und 6000 M. Während in allen Branchen die infolge von Revisionen herbeigeführten Strafangelegenheiten sich gemindert haben, sind sie bei Wäldern und Konditoren erschwerend gestiegen. Bei den hohen Laufjahren, die dieses Gewerbe schon seit langem macht, kann die Niedrigkeit der Strafen natürlich daraus nicht absehend werden.

Der Wunsch nach völliger Freigabe der Sonnabende unter entsprechender Verlängerung der Arbeitszeit an den übrigen Werktagen wurde von den Gewerkschaften nicht unterstützt. Ihm wurde auch nicht statt, wo er von Seiten verlangt wurde, reiflos antwortend, weil der freie Tag vielfach zu Festschmelze benutzt wurde. Gegen das ungesetzliche, genehmigungslose Nachholen von Feiertagen wurde vorgegangen und dementsprechende Gerichtsurteile ergiebt.

Schwere Mühe machte den Gewerbeinspektionen die eingetragene Liebertreibung bei den Beamten, die oft — selbst wenn es sich um Vorzeugsparnis handelte — als im öffentlichen Interesse liegend dargestellt wurde. Leider hat das sächsische Oberlandesgericht hier nicht die nötige Strenge der Gesetzesauslegung wahren lassen, den Begriff des öffentlichen Interesses zu sehr gedehnt und damit der Gesetzverletzung neue Wege geöffnet.

Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hat sich nach allgemeiner Meinung durch den Wirtschaftsentwurf nicht vermindert, sie ist gegen die Vorkriegszeit zum Teil gestiegen — in einem Falle um 15 Prozent. Angeblich gegenteilige Erfahrungen wurden nur ganz vereinzelt berichtet.

Sonntagsarbeit hat — wie schon in den letzten Jahren — stark nachgelassen, wohl wegen erheblicher tariflicher Lohnzuschläge. Zeitweilige Arbeit dieser Art wurde wieder meist in Kleinbetrieben festgestellt. Auch wegen Arbeit an Wochenfeiertagen gab es manche Differenzen. In einem Falle wurde die Erlaubnis zur Arbeit am Feiertag von der Behörde unter Androhung von Gewalttätigkeiten durch Eisenarbeiter erzwungen, die sich nach anfänglicher Zurückweisung des Antrags zu Hunderten vor dem Dienstgebäude der Behörde eingefunden hatten. Das Betriebsratsgesetz lebte sich im Berichtsjahre etwas mehr ein, nur die Betriebsräte wollten es noch nicht recht begreifen, ebenso die Bevölkerung kleiner abgelegener Orte. Aber selbst in Großbetrieben ergaben sich noch mehrfach Schwierigkeiten, die sowohl der Arbeitern als den Unternehmern lagen. Die Meiste über das Gesetz waren auf beiden Seiten noch geteilt, aber die Fürcht, sich offer auszusprechen, weicht langsam. Das Zusammenarbeiten mit den Betriebsleitern ist in größeren Betrieben besser geworden, während in mittleren und kleineren weniger gute Erfahrungen vorliegen. Auch bei der Wahl von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat von Unternehmungen sind besondere Schwierigkeiten nicht bekannt geworden. Die von den Gewerkschaften gegründeten Betriebsrätezentralen, Betriebsratschulen und Fortbildungskurse, werden im Bericht (ohne besonderes Lob) erwähnt.

### Sachsen

#### Die sächsischen Industrien und die Eisenbahn

Der Verband sächsischer Industrieller veröffentlichte eine Erklärung, in der er sich über die Erhöhung der Güter- und Personentarife beklagt. Der Gesamtverband des Verbandes hatte seit langem die Auffassung vertreten, daß die Sanierung der Reichsbahn nicht in mechanischen Tarifveränderungen, sondern in einer wirtschaftlichen Umgestaltung des gesamten Betriebes gesucht und gefunden werden müsse. Die Gütertarife gehörten in hervorragendem Maße zu den preisbildenden Faktoren und wirkten dem Stillstand oder Abbau der Preise entgegen.

Die Umkosten der Eisenbahn steigen natürlich ebenso wie die Umkosten anderer Betriebe, wenn die allgemeine Lernerung so schnell fortgeschritten wie in den letzten Wochen. Wie weit sich durch eine Verbesserung des Betriebes bei der Eisenbahn noch Ersparnisse erzielen lassen, können wir nicht sagen, jedenfalls kann die Eisenbahn durch Einsparungen und Verbesserungen nicht so viel herausholen, daß die Mehraufgaben, die durch die starke Erhöhung der Materialpreise und Löhne entstehen, auch nur annähernd ausgeglichen werden. Es bleibt für ebenso wie den Privatbetrieben nichts anderes übrig als die Erhöhung des Entgeltes für ihre Leistungen.

Was die sächsischen Industrien gegen die Tarif-erhöhungen anführen, kann man ebenso gut gegen Preis-erhöhungen in privaten Betrieben geltend machen. Wie wäre es, wenn die Herren von der Industrie einmal anfangen, bei sich nach ihrem Rezept zu verfahren. Wenn sie die Sanierung ihrer Betriebe nicht in „mechanischen Preis-erhöhungen, sondern in einer wirtschaftlichen Umgestaltung des ganzen Betriebes suchen und finden“ würden. Ist da wirklich in der Privatindustrie nichts mehr zu machen? Es wäre der Industrierichtern schon recht, wenn sich die Höchstbeträge der Eisenbahn ständig steigerten, weil die Bahn auch bei einem Steigen ihrer Umkosten ihre Tarife nicht entsprechend erhöht. Während sie selbst bei fortwährender Lernerung ihre Preise kräftig in die Höhe treiben und glänzende Gewinne einflecken. Dann würden sie eines schönen Tages kommen und „beweisen“, daß das Reich nicht wirtschaftlich kann und die Eisenbahn unbedingt dem Privatkapital ausgeliefert werden müsse, und dann würde das Privatkapital die Tarife erhöhen, und zwar nicht zu knapp.

#### Die sparsamen Christen

In einer Notiz im Dresdner Anzeiger wird festgestellt, daß der Opferfuss in der Kirche im Westen sei, die Dresdner Kirchengemeinden hätten durch das dort eingesammelte Kirchenopfer die Auszahlung von 25 bis 40 Prozent der den Geistlichen ausstehenden Gehälter erumlacht, das sei immerhin ein Fortschritt, wenn man bedenke, daß die meisten Dresdner Geistlichen in den vergangenen Monaten nur etwa den 10. Teil ihres Gehaltes hätten bekommen können. In vielen Fällen habe die jetzige Not ein etwas Band zwischen der Gemeinde und ihrem Pfarrer geknüpft.

Daß den Geistlichen trotz dem angeblich wachsenden Opferfuss der kirchlichen Leute nur ein Drittel ihres Gehaltes ausgezahlt werden kann, zeigt, daß es mit dem Opferfuss unserer Christen noch immer nicht weit her ist. Entweder ist die Zahl derer, die wirklich ein Opfer bringen, sehr gering, oder die Opfernden strengen sich nicht allzu sehr an. Gute Christen sind halt auch recht sparsame Leute.

Der Bote vom Witzsch, ein sonst nicht beachtenswertes Blättchen, weiß von einem armen Geistlichen zu berichten, der eines elenden Hungertodes gestorben ist. Er bringt folgende Meldung:

Die von der derzeitigen Regierungsmehrheit in Sachsen über die evangelischen Pfarrhäuser heraufbeschworene Not der sächsischen Geistlichen hat ihr erstes Todesopfer gefordert: Der sächsische evangelische Geistliche W. in R. ist gestorben. Die Todesursache wurde laut ärztlicher Bescheinigung Unterernährung festgestellt.

Bemerkenswert an der Notiz ist, daß weder der Name des Pfarrers noch der Ortsname wiedergegeben ist, so daß man nicht nachprüfen kann, ob die Meldung nicht einfach erlogen ist. Darüber, daß der Bote vom Witzsch die sächsische Regierung für den Tod des Pfarrers verantwortlich macht, braucht man sich nicht zu wundern, die sächsische Regierung ist bekanntlich an allem Unglück schuld, das irgendwo auf der Welt passiert. Wenn die Meldung des Blättchens aber richtig ist, so ist sie ein neuer Beweis dafür, wie wenig wahres Christentum bei vielen sogenannten Christen zu finden ist.

#### Der sächsische Arbeitsmarkt vom 19. bis 26. Mai

(N.) Die Lage des Arbeitsmarktes stand in dieser Berichtswochen allgemein unter dem Einfluß des Minuswerts und der Arbeitsruhe. Die Vermittlungstätigkeit in der Landwirtschaft war sehr gering, nur die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften hielt weiterhin an. Am sächsischen Bergbau ist die Arbeitsmarktlage die gleiche wie in der Provinz geblieben. Eine leichte Besserung ist in der Metallindustrie zu verzeichnen. Die Arbeitsmarktlage in der Textilindustrie neigt sich weiter zur Besserung. Das gleiche Bild zeigte die Lage in der Papierindustrie. In der Holzindustrie ist an einzelnen Orten eine leichte Besserung zu verzeichnen. In der Eisenbahnindustrie hat die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften etwas nachgelassen, während in der Rigarrenindustrie weiter Bedarf an Maschinenführern und Rodarbeitskräften herrscht. In der Rigarrenfabrikation ist die Lage nach wie vor ungünstig, bezeichnend im Velleidungsgebiete. Ungünstig blieben auch weiterhin die Verhältnisse im Pausenberber. Für ungelernete Arbeiter aller Art bot sich keine Arbeitsgelegenheit.

#### Ein rabiatier Bauer

In Königsheim bei Wittweida war der Gutsbesitzer Bernhard Münch noch mit 47 Heutnern Unmangelgetreide im Aufstande, zu deren Herausgabe er nicht bereitwillig werden konnte. Als nunmehr auftragsgemäß zwei Gendarmen aus Wittweida zur Bekoßnahme des Getreides kären wollten und zu diesem Zwecke in der Getreidekammer verweilten, schloß Münch sie ein. Nachdem die Beamten die Tür gewaltsam geöffnet hatten, trat ihnen der rabiatier Mann mit einem starken Holzknüttel entgegen und drohte, jeden zu erschlagen, der einen Sad Getreide fortzuschaffen wollte. Als die Drohung nichts fruchtete, schlug Münch auf einen Gendarmen ein und verletzte ihn am Hals und an der linken Hand. Darauf eilte der zweite Gendarm seinem Kollegen zu Hilfe. Aber auch auf diesen schlug Münch wie ein Wüterich ein. Der Angegriffene trug eine schwere Kopfverletzung davon. Da Münch gleichwohl zu weiteren Verbrechen ansetzte, gab der Beamte in der Notwehr einen Schuß aus seinem Dienstrevolver ab, der Münch in den Bauch traf und lebensgefährlich verletzte. Er mußte bald darauf im Krankenhaus zu Wittweida operiert werden.

#### Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften

Da die evangelisch-lutherische und die römisch-katholische Religionsgesellschaft bei der außerordentlichen Geldentwertung mit den ihnen nachgelassenen Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer trotz staatlicher Genehmigung zur Erhebung des nach dem Gesetze zulässigen höchsten Steuerzuschlages bei weitem nicht auskommen, so hat das Gesamtministerium dem Landtage eine Vorlage unterbreitet, die den Religionsgesellschaften des Reichs gibt, die Kirchensteuern jeweils in der ihnen nötig erscheinenden Höhe festzusetzen. Die entgegenstehenden Vorschriften des Gesetzes vom 1. Juni 1921 werden damit aufgehoben werden.

Ruhestandsbesüge. Infolge Erhöhung des Versorgungsschlages zum Barloge, Ruhegeld und Witwengeld, des Ausgleichsschlages zur Arbeiterbeihilfe, der Ehefrauenbeihilfe und des örtlichen Sonderzuschlages sowie infolge Erweiterung des Kreises derjenigen Orte, für die örtlicher Sonderzuschlag gewährt wird, erhöhen sich ab 1. Mai und ab 1. Juni die Versorgungsbekanntnisse bei im Ruhestand befindlichen Staatsbeamten, Geistlichen (dieser, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrer, sowie ihrer Hinterbliebenen. Der auf die Monate April und Mai entfallende Zuschlagsbetrag wird den Versorgungsberechtigten voraussichtlich gegen Mitte Juni, und zwar zugleich mit den Gehältern für Juli, überwiesen werden.

### Der Mann im Sturm

Ein Roman von der Niederelbe von Hinrich Wiede

So führen denn nach Fertigstellung des Stutters Lief und Garm wieder zusammen wie ehedem. Und zuweilen kam es Lief vor, als läge überhaupt keine Zeit dazwischen. Nur selbstständiger war Garm geworden und sicherer. Er bödete, reifte, überholte Garm und wurde, starkes Falten und Krossen, ohne daß Lief ein Wort davon zu verlieren brauchte. Garm war immer tätig, Schaf schien er kaum zu brauchen, und selbst wenn Garm stand er immer von selbst auf.

Aber ein gefiel Lief nicht: Garm lockte nie und wackelte selten. Die ersten Reisen ließ Lief ihn in den Wald; denn er dachte, daß jubel Erinnerungen in Garm geweckt worden waren, die ihn niederdrückten. Als aber Garm weiterhin mit Worten konnte, als wären es Gedächtnisse, ludte Lief ihn durch Erzählung von Wägen und Schnäden aufzuheitern. Vergebens. All diese Angriffe prallten wie Wälle an dem Panzer von Garms düsterem Ernste ab.

Einmal war ein heller Sommertag auf See. Ein früherer Wind wehte aus dem Westen; weiche Wolken hielten wie Schneesberge über die Ämme, dunkle Wolkenschatten glitzerten über Meer; Möwen schrien und schlossen ins Wasser; die Wellenkämme leuchteten und glitzerten im Sonnenschein; Schaum sprühte am Bug des Stutters empor, und Fischer und Junge atmeten Heiterkeit und Frohsinn.

Lief lag beim Ruder, stülpte den Kopf in beide Hände und schaute nach seinen Ängeln aus. Von Zeit zu Zeit langte er weit über Bord und sog an der Angelkette, um zu fühlen, ob ein Fisch daran hänge.

Schließlich fühlte er ein Quaken und Gerren davon; schnell sog er die Angel ein. Dabei knirschte er und langte mit beiden Armen weit übers Bord. Und mit einem Schreie warf er auf die See seine Wadze auf. Wer als er sich umdrehte, daß er in sich zusammen vor Schreck; denn wie aus dem Boden gewachsen stand plötzlich Garm hinter ihm. Er hatte sich Lief genähert, ohne daß er das geringste gehört hatte. Und so lauernd, so voll Gah und Heimblick, daß Lief seines Vatters graublaue Augen auf sich gerichtet, daß ihm ein kaltes Grauen über den Rücken rieselte. „Was willst“ fragte er roch.

„Scheinst einen guten Fang gemacht zu haben,“ riefte Garm, und Garm wuschelte seine Lippen, „während ich unter Deck war.“

„Kannst du mir den Fisch nicht?“

„Den schon.“ ludte Garm kalt auf, drehte sich ab und schritt wieder nach vorn.

Dange noch mußte Lief an diesen Zusammenstoß mit Garm denken.

Aber zwei Reisen später hatte er schon wieder ein ähnliches Erlebnis mit seinem Vetter.

Lief hatte die Nachtwache und schritt auf dem Deck hin und her. Bau wehte der Wind aus dem Süden, die Wellen plauschten und gluckten am Bug, die Schoten knarnten, und der Stutter pflegte mit köhner Fahrt die See. Und der Sternenhimmel stand wie eine blaue Kieselkugel mit tausend glimmenden Lichtern über ihm.

Jobesmal, wenn Lief nach vorn kam, stellte er sich eine Weile ans Spinnrad, fachte mit der Hand eine Spinnkette und kannte in die See hinein. Der Stutter, die ein Ruder anporrschoben, leuchteten wie Glühbirnenstrahlen, und im Melwasser wirbelte und funkte es wie feuriges Gel.

Und die Schwereit und Gewaltigkeit des Meeres und Himmels drückten Lief nieder. Er legte sich auf den Rücken auf Deck und schaute in den Sternenhimmel hinein. Wenn auch unklar — wenn auch dumpf und unbestimmt — Lief fühlte seine eigene Kleinheit und Schwäche unter der riesenhaften Unendlichkeit der See und der Nacht.

Wie gewaltige Felsgipfel roeten die schwanzigen Segel in den Sternenhimmel hinein.

Und von unten her klangen die Wellen — rauschte der Wind — beboglich wie ein plauschendes Kind. Und Liefs Ohren wurden heilhörig wie Hakenohren — jedes kleinste Geräusch fingen sie ein. Und plötzlich hörten sie aus all den Lauten rumbum — dem Knarren der Spinnkette, dem Knarren einer Kette, dem Plausen eines Segels, dem Klirren der Röhre — ein Geräusch heraus, das nicht hineingehörte. — Etwas Weiches stieß gegen die Wände — ein schlenderer Schritt — nun war alles wieder still. — Lief horchte. — Da — wieder. — Er riefte sich auf. Stille. Und nichts zu erblicken. Da — leise nur knarrte eine Deckplatte. Lief erhob sich, sprang ans Radhaus, holte die Laterne hervor und ließ den Schein

aufs Deck fallen. Nichts zu sehen. Sollte er sich getrrt haben? Und nun leuchtete er in alle Winkel: hinter's Radhaus, ins Boot, unter's Boot — nichts. Schon wollte er das Suchen aufgeben, da sah er vorn am Stoppmast sich etwas bewegen. Schnell dahin. Da — im hellen Schein der Laterne richtete Garm sich auf.

„Na, was gibst hier denn?“ fragte Lief hart.

Er ludte keine Antwort, stotterte Garm und starrte zu Boden. Und Lief sah, daß sein Vetter in Strümpfen den ihm stand.

„Und das so leise?“ fragte er zweifelnd.

„Ich dachte, du schliefest.“

„Hast ich schon einmal bei der Wache geschlafen?“

„Weiß nicht.“

„Steins mit dir in die Kojen. Und kommst mir nicht eher wieder ans Deck, bis ich dich rufe.“

Und Garm folgte seines Vatters Befehl und stieg in die Kojen.

Und Lage voll Wolken, Regen und Wind folgten den lauen Sommertagen. Und die Nächte wurden kühl, und der Wind brauste, und das Wasser rauschte wieder.

Und an einem düsteren Herbstabend flogen die Möwen in Scharen dem Lande zu. Der Wind böferte und blaffte und der Himmel im Westen sah gelb aus wie ein blühendes Rapsfeld. Garm lagte über Schamern im Arm. Bei einer Wesserschere in Buenos Aires hatte er sich dort eine Wunde zugezogen, und die Narbe knurrte jetzt noch immer, wenn es schicktes Wetter gab. „Mir friegen Unrot,“ sprach Lief und sog die hellen Brauen zusammen, „wir werden noch reffen müssen.“

Aber Garm wollte nichts von Reffen wissen. „Kinderbiel wird es heute,“ ludte er und erzählte von einem Wirbelwind, den er im Indischen Ocean erlebt hatte. Lief schaute seinen Vetter groß an. Was war denn in den gefahren? Sonst sprach er keine zehn Worte den Tag, und nun sprudelten die Worte aus seinem Munde wie Wasser aus einem Springbrunnen.

Lief stieg noch unten und sah nach dem Wetterglas. „Mir wollen das Kopfgegel bergen,“ sagte er, als er wieder ans Deck kam. Da ludte Garm. „Was, die Mühe voll Wind, die jagt dir Dinge in die Wände?“ (Fortsetzung folgt)



# Die Regierungserklärung zu den Unruhen

In der gestrigen Sitzung des Landtages, über deren Verlauf wir an anderer Stelle berichteten, nahm der Minister des Innern, Genosse Liebmann, zu den Unruhen in Dresden das Wort. Er ging zunächst ausführlich auf den bisherigen Verlauf der Unruhen ein und gab dann folgende Regierungserklärung ab.

Die Vorgänge sind der Widerschein der steigenden Rot. Die Regierung verkennt nicht die schlimme Lage weiter Bevölkerungsschichten und vertritt ihre Erregung durchaus. Sie ist bei der gewaltigen Versteigerung nur zu erklären. (Sehr richtig! links.) Aber die Mittel, die von den Demonstranten angewandt werden, sind falsch und können nicht helfen, sondern werden eher die Notlage verschlimmern. (Sehr richtig! rechts.)

Wir jetzt haben die Demonstrationen im allgemeinen direkt Gewalttätigkeiten nicht verurteilt; Unruhe und Zerstörung. (Gegenrufe links.) In der Tat sind die Demonstrationen kein Anlass vorzugehen. Die Regierung muß die Öffentlichkeit vor den tendenziösen Heberwerbungen in Dresden verschiedene Mütter warnen, zumal die begründete Verdacht besteht, daß Elemente in Tätigkeit sind, die ein Interesse daran haben, den Einbruch zu erleichtern, als ob in Sachen alles drüber und drunter geht. (Arbeitslos! Sehr richtig! links.) Durch die Verhaftungen suchen anscheinend die Erwerbslosen für reaktionäre Zwecke zu mißbrauchen. (Sehr richtig! links.) Vorher rechts. Den Versuch für aktives Eingreifen der Reichswehr in Sachen zu schaffen. (Sehr richtig! links. — Kurze Rede: Zeitspiel!) Es ist beobachtet worden, daß sich in verschiedenen Gruppen Personen gezeigt haben, die hinterher anderen Bericht erstatten. (Sehr richtig! links.)

Die Regierung erachtet es als ihre Pflicht, die geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln durch den Handel sicher zu stellen. Die Preisbildung wird durch die besetzten Organe aufs schärfste kontrolliert, jeder Mißbrauch wird rücksichtslos geahndet. Die Regierung wird mit aller Kraft bemüht sein, bei der Reichsregierung eine entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze und ihre Anpassung an die Geldentwertung durchzusetzen. Sie wird in übrigen alles tun, was in ihren Kräften steht, um der Not der Arbeitslosigkeit zu steuern. Sie kann aber nicht dulden, daß durch Ausschreitungen das wirtschaftliche Leben im großen Umfang lahmgelegt wird. Die Regierung wird alles tun, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrechtzuerhalten.

## Ein Aufruf des Polizeipräsidiums

In die Einwohner Dresdens!

Die Vertreter aller politischen Parteien, die der Gewerkschaften wie auch Vertreter des Erwerbslosenrates haben dem Polizeipräsidium mitteilen lassen, daß sie es für eine ungeheure Torheit halten, wenn von vollständig unwillkürlichen Leuten versucht wird, ihre Lage dadurch zu verbessern, daß sie aufbrechen, die Markthallen und die Läden zu schließen. Die Durchführung eines solchen, geradezu wahnhaften Gedankens würde das vorhandene erhebliche Mangel der Lebensmittel in unvorstellbarer Weise steigern. Wir ersuchen deshalb alle Einwohner, gegen das Schließen der Läden Stellung zu nehmen, wie wir andererseits die Ladenbesitzer ersuchen, sich nicht durch unzureichende Vorkehrungen zu lassen, ihre Läden zu schließen. Sie können sich versichert halten, daß nicht nur die staatlichen Ordnungsorgane, sondern auch der weitest gehende Teil der Arbeiterschaft in ihrem Bestreben unterstützen wird.

Andererseits wird die Bevölkerung ersucht, den behördlichen Organen bei ihrer Bekämpfung des Wuchers durch Anzeigen und Unterstützung zu helfen. Die Händler aber werden dringend ersucht, die Erfüllung nicht durch Forderung wucherischer Preise zuweigern.

Bezüglich der heute stattfindenden Demonstration haben sich die Dienstverpflichteten der Polizeiverwaltung gegenüber verpflichtet, in allen Fällen die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Das Polizeipräsidium.

## Beruhigung am Dienstag

Der gestrige Dienstag verlief im allgemeinen ruhig. Vor dem Gebäude des Polizeipräsidiums, vor den Markthallen und am Postplatz fanden sich während des ganzen Tages starke Menschenansammlungen. Die Zugangskontrollen zum Polizeipräsidium waren zeitweise von der Polizei und vom Ordnungsdienst der Hundertschaften abgesperrt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen, mit Ausnahme eines Falles in der Marienstr. In dem die Polizei vom Gummischläger Gebrauch machte. Ein Beamter wurde durch Steinwurf verletzt. Verletzungen von Demonstranten sind nicht festgestellt worden. Die Geschäfte in der inneren Stadt öffneten sich teilweise. In einzelnen Fällen wurde durch Demonstranten die Schließung der Läden durchgesetzt. Nachmittags gegen 5 Uhr sammelten sich große Menschenmengen auf dem Wiener Platz an, die dann im geschlossenen geordneten Zuge singend durch die Prager Straße nach der inneren Stadt zogen. Auch in den späteren Abendstunden marschierten wiederholt starke Demonstrationen durch die innere Stadt, ohne daß es dabei zu Zwischenfällen kam. Gegen Abend rückte der proletarische Selbstschutz in mehreren Abteilungen aus und ging die Straßen der inneren Stadt ab. Es gelang den Abteilungen, Ansammlungen in Ruhe auseinanderzubringen und Gewalttätigkeiten zu verhindern. Die Polizei war zurückgezogen worden. Im Laufe des Tages sind hier weitere Festnahmen wegen Rötung erfolgt. Auch heute vormittag durchzogen stärkere, organisierte Demonstrationen singend die innere Stadt. Vor den Markthallen kam es zu Ansammlungen. In verschiedenen Stadtteilen wurden wiederum Bote und Geschäfte zum Schließen gezwungen.

## Alberne Gerüchte

In der Stadt und in den Vororten wird von Schwärzern das alberne Gerücht verbreitet, daß Polizeipräsident Kuntze gestern im Automobil geflohen sei. Es wird kaum nötig sein, vernünftigen Menschen zu versichern, daß ein solches Gerücht selbstverständlich kein Wort wahr ist. Es ist nur ein Beispiel dafür, welcher Unfug in aufgeregten Zeiten geschwätzt und von neugierigen Menschen so gerne geglaubt wird. Der Feldjäger hat für solche Schwärzereien ein derbes, treffendes Wort: Betrübend!

## Christliche Erklärungen

Der Ortsauschuß Dresden des christlichen Gewerkschaftsbundes vertritt in einer in den bürgerlichen Kreisen veröffentlichten Erklärung die Auffassung, daß den Demonstrationen politische Motive zugrunde liegen, und daß durch diese unzulässige Inanspruchnahme der Öffentlichkeit nicht erreicht werden kann. Er erwartet von der Regierung, daß sie ungenügend weitere Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die

wirtschaftliche Preisbildung, und zwar nicht nur in den Lebensmitteln, sondern auch in der Fabrikation, im Großhandel und in den Banken, zu unterbinden. Er erwartet weiter fixe Maßnahmen gegen die Auswüchse im Kartell-, Trust- und Syndikatswesen. Er wünscht, daß die Preisprüfungsstellen zu einem wirksamen Instrument ausgebildet werden. Ferner fordert er einen gerechteren Aufbau der Lohnsteuer, namentlich eine weitgehende Berücksichtigung des Familienstandes und eine entsprechende Steuerbelastung der Verheirateten. Gleichzeitig tritt er für ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Unruhestifter in Dresden ein, mit der Begründung: Durch die Unterbindung des Verkehrs, die Vertreibung der Fremden aus der Stadt, die gewaltsame Schließung der Geschäfte, die Willkür in den Betrieben entsteht die Gefahr eines weiteren Anwachsens der Erwerbslosen und damit verschärfte Not zahlreicher Volksgenossen, zugleich aber auch eine Verhartung der Seele, aus denen die Anarchie entspringt. Dann wendet sich der christliche Ortsauschuß gegen die heute stattfindende allgemeine Demonstration der Arbeiterschaft, zu denen die sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaften aufrufen, wobei er sich das Urteil anmaßt, daß diese sich dem Terror einer geringen Schaar strapazierter, meist jugendlicher Hantierer beugen. Unberücksichtigend berichtet er, daß keine der im christlichen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen etwas mit diesen Demonstrationen zu tun hat. Schließlich fordert er, daß seine Vertreter bei allen Versammlungen, die Staatsregierung sowohl als auch die Stadt Dresden mit Vertretern von Arbeitnehmern zur Beteiligung der augenblicklichen Lage führen, hinzugezogen werden.

Dieser Erklärung schließt sich der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband an. In einer kürzeren Erklärung nimmt der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, Ortsauschuß Dresden, zu den Demonstrationen Stellung, die er ebenfalls ablehnt.

## Dresdner Chronik

### Das Baden in der freien Elbe

Das Elbstromamt macht bekannt: Wie im vergangenen Jahre, so soll auch im Jahre 1933 das Baden in der freien Elbe im Räume des Elbstromamtes Dresden verbotlich wieder erklärt werden. Die in der Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 20. Juli 1929 erlassenen Bestimmungen werden deshalb erneut in Erinnerung gebracht und ihre Einhaltung jedem, der von der Erlaubnis zum Baden in der freien Elbe Gebrauch macht, zur Pflicht gemacht. Insbesondere wird nochmals darauf hingewiesen, daß das Baden außerhalb der Badesperrstellen nur den Personen erlaubt ist, die des Schwimmens vollständig kundig und mit den Verhältnissen des Elbstromes vertraut sind. U. a. sind außerhalb der bereits ausdrücklich verbotenen Stromschnellen in freier Elbe Baden an nachfolgenden Stromschnellen besonders gefährdet; auch hier wird das Baden in freier Elbe ausdrücklich verboten:

1. an den Brücken infolge Strudel und starker Strömung an und hinter den Brückenspielfeldern, insbesondere beim gleichzeitigen Durchfahren von Schiffen,
2. im Fischerei Winkel, zwischen Stromschnitten 842 und 847 rechtes Ufer, zufolge großer Tiefen, steiler Ufer, Strudel und Strömungen und
3. in den Furten (Stromengen) zwischen Saloppo und Anton zwischen Stromschnitten 748 und 750 rechtes und linkes Ufer, zwischen Mitten und Lebnau zwischen Stromschnitten 848 und 857 rechtes Ufer und zwischen Jäger Sand und Oberpöhlitz, zwischen Stromschnitten 906 und 940 rechtes und linkes Ufer, durch starke Strömung.

Auch das Baden in der Nähe von Angelndeln ist wegen der aufliegenden Anghafen mit Gefahr verbunden und deshalb untersagt. Ebenso ist es verboten, da es Leben der Badenden und Betrieb von Schifffahrt und Höferei gefährdet, das Baden vor dem Mündung von Schiffahrtswegen vorzubehalten, an sie heranzuwandern, sie zu verlassen oder sich an Schiffahrtswege oder an das Ufer zu nähern anzufragen.

Weiter wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Aufenthalt an den Eisbänken und dem unmittelbar am Wasser liegenden Ufer, nur soweit dies zum An- und Aussteigen notwendig ist, gestattet, im übrigen aber verboten ist. Verfallschuld und absichtliche Beschädigen der Ufer, Uferbewerke, Schleusenmündungen, Wehren und Weidenbänke, von Warnungstafeln, Stromschnellen, Stromvermutungen usw. ist nach § 308, 304 des Reichsstrafgesetzbuches mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 M. bedroht.

Den Anordnungen der Polizeibehörden (Vendamerie, Landbesitz, Strompolizei, Reichswasserfischerei, städtische Wasserversorgung usw.) ist in einzelnen getroffen werden, um Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, ist unbedingt Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen gegen die für das Baden in der freien Elbe erlassenen Bestimmungen werden — soweit nicht andere Strafgesetze schwerere Strafen androhen — mit Strafe bis zu 1500 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

### Die Krise in der Postverwaltung

Aus den Kreisen der Postbeamten wird und geschieht: Am Gegenstand zu Sachsin, wo sich unter den höheren Staatsbeamten eine langsame, aber harte Umwälzung aus alten obrigkeitlichen Anschauungen zu demokratischen andröhrt, geht es in den Reichsbetrieben, besonders bei der Post, immer weiter rüdwärts. Der von und bereits mehrmals gezeigte Kampf der in ihrer überwiegenden Mehrzahl erwerbsfähigen höheren Post- und Telegraphenbeamten (Direktoren, Poststrassen usw.) gegen die nach oben drängenden, überwiegend freischaffenden unteren Beamtenklassen führt zu einer immer größer werdenden Abnahme der Dienstfreudigkeit des Betriebspersonals. Die aus dem alten militärischen Oberleitungsstaats stammenden Geheimräte können oder wollen sich noch immer nicht an die neue Zeit gewöhnen. Denker der Verhältnisse behaupten, daß aus diesen Herren niemals überzeugte Republikaner werden. Und wie unentbehrlich können sich gerade diese Beamten vor! Dabei ist es kein Geheimnis, daß drei Viertel der höheren Post- und Telegraphenbeamten lediglich ohne Schaden für den Dienstbetrieb durch geringere bezahlte Beamte ersetzt werden können. Die in der Öffentlichkeit bereits „rühmlich“ belaudete Sparkommission Schwarz-Hirshke hat vor lauter Sparen bei den mittleren und unteren Beamten ganz übersehen, daß die im Bezirk Dresden vorhandenen dreißig nichtleitenden Direktoren sämtlich überzählig sind und daß von den 48 leitenden Direktoren der größte Teil in solche für mittlere umgewandelt werden kann, von den Ersatzbeamten an den 10 Poststrassen- und Geheimratsstellen ganz zu Schweigen! Unter Zugrundelegung von mindestens 80 höheren Stellen, die entweder eingespargen oder mit mittleren Beamten besetzt werden können, ergibt sich allein im Bezirk Dresden ein Überschuß an Beamten von jährlich circa 800 Millionen Mark.

Begehrtenweise schreiben die kapitalistischen bürgerlichen Zeitungen nur von den vielen „überzähligen“ mittleren und unteren Beamten bei der Post. Für jeden denkenden Mitarbeiter und unteren Post- und Telegraphenbeamten sollte diese Tatsache ein Grund mehr sein, diese Presse aus seinem Geiste zu verbannen und dafür die proletarischen Zeitungen des arbeitenden Volkes zu lesen.

Die gesamten Postgewerkschaften, mit Ausnahme jedoch der höheren, vertreten auf schärfste das mechanische Leistungsmeritokratieverhalten des Oberpostamts Schwarz. Es wird wegen seiner Schwermüdigkeit, seiner ungeheuren Schreib- und Rechenarbeit, seiner Lebenshaltung und der dadurch verursachten außerordentlichen hohen Kosten als unergütbar mit dem Belangen des

Dienstbetriebes und der Wirtschaftlichkeit der Postverwaltung und des Reichs abgelehnt. Die Leistungslosigkeit würde übertrifft sein, wenn ihr ein Einblick in dieses famose Verfahren, das so ungeheure Unruhe in den Beamtenkörper erregt, gegeben würde. Wegen eines Beamten, der gepörscht werden soll, entstehen ununterbrochen Ausgaben, die höher sind als das Einkommen dieses Beamten allein.

Inzwischen ist der Präsident der Oberpostdirektion, Spranger, in den Ruhestand getreten, ihm werden baldig die Geheimräte Zugest und Sieblitz folgen. Wir haben uns oft mit diesen Herren beschäftigt müssen, und wenn sich Herr Spranger in letzter Zeit mehr dem Volkempfinden anpassen versuchte, so dürfte hierzu die von uns geübte Kritik wesentlich beigetragen haben. Der begonnene Personalwechsel muß unbedingt auf die wichtigsten Personalstellen ausgebeugt werden. Die Geheimräte Bauerhorst, Spranger und Wötter genießen wegen ihrer monarchistischen Vergangenheit nicht das Vertrauen des Personals. Von verschiedenen Seiten wird auf die Möglichkeit der Unterdrückung dieser Beamten und noch anderer im reaktionären Musterlande Bayern hingewiesen. Der nun nachfolgende Spranger ist bestimmte Ministerialrat Siegel kommt aus dem dunklen Reichspostministerium. Schon heute sei darauf hingewiesen, daß das freibeiwillige sozialistische Handeln nicht gemein hat mit dem monarchistischen Bayern. Er würde sonst besser tun, von vornherein auf den neuen Posten zu verzichten und diesen einem andern Mitarbeiter zu überlassen, der nicht nur am liebsten, sondern auch im tiefsten Herzen republikanisch empfindet. Die sozialistischen Post- und Telegraphenbeamten werden in ihrem Vertrauen, endlich in der republikanischen Postverwaltung gesunde Verhältnisse herbeizuführen, von den Massen des arbeitenden Volkes wie bisher tatkräftig unterstützt werden.

### Beschränkung der öffentlichen Brotversorgung

Durch eine Verordnung vom 9. Mai 1933 (Reichsgesetzblatt, Teil 1, Seite 992) sind die Bestimmungen der Verordnung über die öffentliche Brotversorgung vom 8. September 1922 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 723) in verschiedenen Punkten abgeändert worden. Es gelten jetzt folgende Bestimmungen:

Seinen Anspruch auf Vorkaufsrecht haben diejenigen Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen für das Kalenderjahr 1931 mehr als 80 000 M. für die alleinlebende Person oder mehr als 90 000 M. für den Haushaltsvorstand, ausgleich 15 000 M. für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen betragen hat. Den im gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen stehen diejenigen Personen gleich, die dem Haushaltsvorstand gegenüber unterhaltsberechtigt sind und außerhalb seines Haushalts von ihm unterhalten werden, z. B. Schüler in auswärtigen Anstalten. Diejenigen, die ein größeres Einkommen gehabt haben, haben nur dann ein Anrecht auf öffentliche Brotversorgung, wenn sie nachweisen, daß ihr Einkommen im Wirtschaftsjahre 1922/23 (16. August 1922 bis 15. August 1923) das 7fache des vorgenannten Einkommens nicht übersteigt. Dabei gilt als Einkommen des Wirtschaftsjahres 1922/23 das Einkommen vom 16. August 1922 bis zu dem Zeitpunkt, an dem die öffentliche Versorgung beansprucht wird, umgerechnet auf das ganze Wirtschaftsjahr. Wer die öffentliche Brotversorgung in Anspruch nimmt, ohne dazu berechtigt zu sein, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

### Ein gefährlicher Freispruch

Ein Urteil von noch unabherrlicher Tragweite wurde vom Dresdner Schöffengericht in einem Freispruch gefällt, der einen tiefen Einschnitt in die Gefolgschaften des Tutters handelt. Das schärfste Wirtschaftsministerium hatte vor einiger Zeit für den gesamten Freispruch Sachsin Höchstpreise für Milch und Butter eingeleitet. Unmittelbar nach Inkrafttreten der Verordnung verhandelt die Tutters vom Markt, man konnte nur noch „außerordentliche“ Butter zu wesentlich höheren Preisen kaufen, und so ist es bis zum heutigen Tage fast durchweg geblieben. Wegen dieser Sonderverordnung ist bereits mehrfach auf Erzeuger, vornehmlich aber auf Händlerkreise, heftig angeklopft worden. Inzwischen sind von zahlreichen schöfflichen Gerichten Urteile ergangen und zum Teil recht empfindliche Strafen ausgemessen worden gegen Erzeuger und Händler, die höhere Preise für Milch und Butter entweder gefordert oder genommen hatten.

Ein solcher Fall stand jetzt wieder vor dem Dresdner Schöffengericht zur Verhandlung. Der 1870 zu Barock geborene, in Dresden-Gohlis wohnhafte Kaffee- und Milchhändler Ernst Robert Klemm und dessen um vier Jahre jüngere Ehefrau sollten sich gemeinsam gegen diese Sonderverordnung vergeblich haben, indem sie am 20. Februar d. J. in Reichenaun beim Ankauf von Butter die Höchstpreise überschritten und dann beim Weiterverkauf wesentlich höhere Preise sich gewöhnen ließen als vorgeschrieben waren. Beide Eheleute bekamen sich im vollen Umfang schuldig. Der Angeklagte führte u. a. aus: er betriebe kein Geschäft schon viele Jahre, seit 17 Jahren laufe er oder seine Frau regelmäßig in Reichenaun bei Frauentein Butter, Quark usw. auf. Bis zum Kriege seien immer drei Händler nach jener Gegend gekommen, jetzt erschienen aber in diesem Ort jede Woche mindestens 15 Händler und Käufer und zahlreiche Privatpersonen. Niemand halte sich an die Verordnung des Wirtschaftsministeriums, die Erzeuger geben ihre Produkte nur an diejenigen Personen ab, die mehr zahlen. Sie erklärten, zu den vorgezeichneten Preisen könne keine Butter geliefert werden, die Erzeuger sollten seien wesentlich höher als man annehme. Am 20. Februar seien im hiesigen Bezirk pro Stück Butter 20 M. gefordert worden. Seine Frau habe den Landwirten das Stück Butter mit 2000 M. bezahlt. Im eigenen Geschäft habe er dann unter Berechnung der Unkosten für Milchbahnfahrt um 8000 M. gefordert. Um die seit 17 Jahren bestehenden Geschäftsverbindungen aufrecht zu erhalten, um Ware zu bekommen und um durch den Verkauf derselben etwas zu verdienen, mithin durch das Geschäft sein Leben zu fristen, seien er und auch seine Frau gesungen gewesen, die Verordnung zu übertreten.

Amtsanwalt Ref. Dr. Dilger stellte als Vertreter der Anklage, abgesehen das Delikt erwiesen war, keinen Antrag auf Verurteilung. Er betonte die Berücksichtigung der Notlage, in die beide Angeklagten kommen mußten, wenn sie die Höchstpreisverordnung nicht verletzen wollten. Der Einkauf der von vorgezeichneten Preisen sei durch das Ueberbieten der sogenannten fliegenden Händler unmöglich gewesen. Da die Angeklagten in ihrem Alter eine andere Verdienstmöglichkeit nicht hatten, andererseits durch Warenmangel ihre Existenz aufs schwerste gefährdet wurde, hätten sie sich bei der Ubertretung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums nach § 54 des Reichsstrafgesetzbuches in einem kraftlosen Notstand befunden.

Nach langer Urteilsberatung verurteilte das Schöffengericht den Freispruch beider Angeklagten. Amtsgerichtsrat Dr. Wegmann führte in der Begründung aus, daß der Freispruch nach § 54 des Reichsstrafgesetzbuches unerkennbar folgenschwer sei. Beide Eheleute haben sich wohl freigeigelt gemacht, aber es handle sich um einen trafen Eingeständnis. Es sollten durch die Freisprechung derartige Ubertretungen nicht generell getroffen werden. Dem Menschlichkeitsgefühl entsprechend, habe das Schöffengericht nur in diesem Falle einen kraftlosen Notstand für vorliegend erachtet.

Es handelt sich trotz allem um einen Freispruch, der große Gefahren in sich birgt. Die Weiteraufkäufer werden nach diesem Vorbilde, falls sie zur Verantwortung gezogen werden, den § 54 des Reichsstrafgesetzbuches vorzuziehen suchen!

### Verblüffend einfach

ist es, Kleider, Hüfen, Gardinen usw. mit den weißberühmten edlen **Geismann's Farben, Marke Hochglanz im Schwarz**, in den prachtvollsten Farben selbst zu färben. **Geismann's Farben** (parten dem Herten). Vertretung und Lager: H. Hiltz, Hiltzstr. 4, Tel. 244.







# Aus dem Wirtschaftsleben

Am Montag ist der Dollar an der Berliner Börse glücklich auf 82 000 gestiegen und es ist gar nicht abzusehen, wann das Steigen der Wechselkurse zum Stillstand kommt. Die polnische Mark steht bereits höher als die deutsche Mark und auch die Krone hat jetzt die Mark erreicht. Es gab einmal eine Zeit, wo wir mit einem gewissen Stolz auf den Zustand der polnischen und österreichischen Wälder hinwiesen, weil es dort noch viel schlimmer sei, jetzt stehen die Dinge bei uns schlimmer als in Oesterreich und in Polen. Was ist heute noch von der Stützungsaktion übrig geblieben. Als damals der erste erfolgreiche Anmarsch auf die von der Reichsbank mit künstlichen Mitteln eine Zeit lang stabil gehaltenen Mark erfolgte, da wurde und verkündet, die Stützungsaktion wird fortgesetzt. Jetzt wird davon gesprochen, daß die Reichsbank einen neuen Hauptstoß gegen die Devisen Spekulation plante und zu diesem Zwecke ihren Devisenbestand schonen wolle. Es wäre aber eine sehr bedenkliche Prognose, wenn die Reichsbank wirklich eine derartige Taktik plante, wenn sie mit Absicht den Dollar erst so stark in die Höhe gehoben ließe, um dann den Kurs wieder zu werfen. Die Wahrheit ist wohl, daß die Reichsbank einfach nicht in der Lage ist, so auf den Devisenmarkt einzuwirken, daß dem Steigen des Dollars Einhalt geboten werden kann. Die Reichsbank hat für die Stützungsaktion bereits sehr schwere Opfer gebracht, ihre Goldbestände, zusammen mit den Golddepots im Auslande, beliefen sich am 31. Januar auf 1004,83 Millionen Goldmark, am 15. Mai aber nur auf 841,91 Millionen Goldmark. Der Goldvorrat der Reichsbank hat sich also um 163 Millionen Goldmark vermindert, 60 Millionen Mark davon dienen zur Deckung des feinerzeit an Belgien bezugenden Schuldenzinses des Reiches, für dessen Einlösung die Bank infolge ihrer Garantie einstehen mußte. Der Rest von rund 109 Millionen Goldmark stellt die Summe dar, die unmittelbar für Interventionen zwecks Abgabe von bezugsfähigen zu verpfänden war. Außerdem stand noch der durch die Begebung von 100 Millionen Goldmark Dollaranleihe geschaffene Devisenfondus zur Verfügung. Der Goldvorrat der Reichsbank ist also durch die Stützungsaktion fast gänzlich aufgebraucht worden und wenn die Stützungsaktion in der früheren Weise fortgesetzt würde, würde möglicherweise von dem Gold der Reichsbank bald nichts mehr übrig bleiben. Die Dollaranleihe des Reiches, die 100 Millionen Goldmark bringen sollte, hat bekanntlich mit einem Mißerfolg geendet. Es kam nur die Hälfte der Summe ein, die man haben wollte. Augenblicklich ist natürlich die Nachfrage nach der Goldanleihe sehr groß und für die Goldanleihe auf der Goldanleihe wird mehr bezahlt, wie für den Dollar. Vielleicht wäre es jetzt möglich, von neuem eine Goldanleihe herauszubringen, um dadurch dem Reich einen neuen Devisenfondus zuzuführen. Auf der Börse hat das Steigen des Dollars auch ein jähres

pro 1000 Kilo festgesetzt war, ist am 24. Mai auf 2 000 000 R. pro 1000 Kilo erhöht worden. Sehr stark sind seit Anfang des Jahres

## Sch- und Fleischpreise

Am 8. Januar wurde an dem Berliner Viehmarkt für Ochsen pro Zentner Lebendgewicht 49 000 R. gezahlt, am 23. Mai 895 000 R. Ähnlich sind die Preise für die andern Viehsorten gestiegen. Dabei sind die Fleischpreise erheblich stärker gestiegen als das Großhandelspreisniveau. Nämlich die Preise für Ochsen und Schweine etwa 1,6 und Kalberpreise etwa 1,1 mal so hoch.

In einer Zeit, in der infolge des schnellen Sturzes der Mark die Gefahr besonders groß ist, daß deutsche Industrie und deutscher Handel Scheudereport treiben, bringt es die Regierung Luno fertig, für viele Erzeugnisse die

## Ausfuhrabgaben und die Preiskontrolle

aufzuheben. Es ist eine Ausfuhrliste aufgestellt, die etwa 20 Prozent der gesamten Ausfuhr umfaßt. Für die auf der Ausfuhrliste stehenden Waren werden die Preise nicht im einzelnen mehr geprüft, sondern die Ausfuhrgenehmigung ist allgemein erteilt, nur ist bestimmt, daß die Preisfestlegung in ausländischer Währung zu erfolgen hat und daß 40 v. H. der einkommenden Devisen an die Reichsbank abzuliefern sind. Die Regierung hat wieder einmal, wie so oft, dem Gelehrten die Intuitionen nachgegeben, denen die Ausfuhrabgaben und die Ausfuhrkontrolle schon lange ein Dorn im Auge sind. Von Handel und Industrie war in den Zeiten der Stabilität behauptet worden, daß Deutschland infolge der Ausfuhrabgaben auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei. Eine Behauptung, die deshalb ungläubig ist, weil die deutschen Löhne auch in den Zeiten, wo der Dollar auf 20 000 bis 21 000 gehalten wurde, unter Weltmarktlöhne standen. Jetzt, nachdem der Dollar bis auf 80 000 gestiegen ist, müssen sich beim Export wieder große Gewinne ergeben, von denen unbedingt ein Teil für das Reich in Anspruch genommen werden mußte. Die Aufhebung der Ausfuhrabgaben muß so zu einer ganz ungerathenen Liebesgabe für Exporteure und Importeure werden. Dabei werden dem Reich erhebliche Einnahmen entgehen, die es gerade jetzt sehr sehr notwendig braucht, im Monat März kamen aus den Ausfuhrabgaben 49 Milliarden ein. Das zeigt, von welcher finanzieller Bedeutung die Ausfuhrabgaben für das Reich sind. Der Scheudereport, der nun bei vielen Waren zu erwarten ist, hat den schweren Nachteil, daß unserer Volkswirtschaft Devisenentzüge entgehen, die wir jetzt so bitter notwendig brauchen, außerdem besteht die Gefahr, daß von neuem im Ausland über das deutsche Valutadumping geklagt wird, und daß dort Gegenmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr ergriffen werden. So kann es leicht kommen, daß die jetzt ergriffenen Maßnahmen, die angeblich die Ausfuhr erleichtern sollen, tatsächlich zu einer Verzerrung des deutschen Absatzes im Ausland führen.

Wie immer in Zeiten, in denen die Marktentwertung schnell fortschritt, macht sich auch jetzt eine starke Geld-Frayheit bemerkbar, infolge der Steigerung der Devisen- und Wertpapierkurse ist der Bedarf der Börse nach Geld größer geworden und infolge der Steigerung der Löhne, Gehälter und Warenpreise natürlich auch der Kapitalbedarf von Landwirtschaft, Handel und Industrie.

Die vom Deutschen Reich gegründeten Deutschen Werke A. G.,

die jetzt zum dritten Male ihren Geschäftsbericht veröffentlicht, weisen zum ersten Male einen Reingewinn auf, und zwar in Höhe von 188,86 Millionen Mark, bei einem Kapital von 4000 Millionen Mark. Von diesem Reingewinn dienen 80 Millionen Mark zur Verteilung einer Dividende von 20 Prozent, 66,4 Millionen werden zum Rückkauf von 282 Stück Genussscheinen zu 200 000 R. verwendet. Die Genussscheine kamen aus feinerzeit vom Reich für die Umstellung der Werke auf Friedensarbeit bezugene Beträge. Es waren ursprünglich 800 Millionen Mark, die wenn möglich am Ende des laufenden Jahres zurückgezahlt werden sollten. Jetzt beträchtliche Abschreibungen wurden vorgenommen, wovon in der Bilanz nur 43 Millionen Mark ersichtlich sind, in Wirklichkeit mußte es sich aber um viel erheblichere Beträge handeln, denn die Reingewinne sind auf den meisten Posten fast völlig abgeschrieben worden. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß in Gledburg ein neues Walzwerk fertiggestellt wurde, die Schmelze und Brechwerke erhielten von der Eisenbahn und Industrie zahlreiche Aufträge. Im Maschinenbau ist insbesondere der Absatz der Landmaschinen befriedigend. Der Bau von großen und kleinen Mischlopf- und Dieselmotoren für Land und See konnte erheblich ausgebaut werden, ebenso hat der Textilmaschinenbau Fortschritte gemacht. Im Schiffbau mangelte es an Neubaufträgen. Im allgemeinen scheinen die Deutschen Werke sich gut zu entwickeln, obgleich sie infolge der Schikanen der Entente-Kommission eine Zeitlang mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Mit der Errichtung der Deutschen Werke hat das Deutsche Reich einen Versuch unternommen, der für die Zukunft von sehr großer Bedeutung ist. Das Gelingen der Deutschen Werke liefert einen durchschlagenden Beweis dafür, daß auch der Allgemeinheit gehörende Betriebe durchaus leistungs- und konkurrenzfähig sind, wenn sie nur die nötige Vermögenskraft haben. Mächtigere wäre es, wenn recht bald die Deutschen Werke, die heute im wesentlichen Fertigungsabfertiger herstellen, auch eine Rohstoffbasis erhielten, damit sie in jeder Beziehung den großen privatskapitalistischen Konzernen ebenbürtig sind.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

**Bereinigte Dresdner Arbeiterjugend**  
Gruppe Johannstadt, Vorstandsmittler! Außerst wichtig!  
Vorstandssitzung Freitag 1. Juni, bei Genossen Lehmann, Döppersgasse 29 IV, abends 7 1/2 Uhr.

Verantwortlich für Politik und Unterhaltungsteil: Paul Rochmann; für Sachverhalte und Genossenschaftliches: Max Sachs; für Dresdner Chronik und Aus der Umgebung: R. Polgappell, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Max Sachs; für Informaten Max Reichold, Dresden. — Druck und Verlag von Raden u. Komp., Dresden.

**Pocoff** Die kräftigste Dose bei  
Magnum-Schokolade  
Wohlschmeckend - Billig!

In den Drogerien und Apotheken zu haben

Rein gebundenes, festes Zahnfleisch,  
keine gebundenen, weichen Zähne — ohne —  
**Liphaol**  
Überfettete, salzenthaltende Zahnpasta. Verboten für Liphaol-Zahnpasta und reinen Zahnpasta. In allen einschlägigen Geschäften. 1/2 Tube 100 R., 1/4 Tube 50 R.

**Verkauf nur an Wiederverkäufer**

**Curt Arndt**, Wasche - Trikotasen - Baumwollwaren-Großhandlung, Schössergasse 2 - Tel. 18 682

**Bruno Barthel**, Waisenhausstraße 20 - Berufs- und Sportkleidung

**Bernstein & Co.**, Frauenstraße 12, I. Webwarenerzeugnisse, Tel. 19 160

**D. Gleicher & Co.**, Leinen-, Woll- und Baumwollwaren-Großhandlung, Amalienstraße 9 - Telephon 23 731

**Gebrüder Gauger, Dresden-N. 6**, Obergraben 10 - Telephon 19 148. Textil-Grosso-Vertrieb. Zephir, Züchen, Kinder-Schotten, Blusenfanellen, Reinleinen, größere Posten vorrätig

**Rudolf Holtsch jr.**, Viktorienstraße 19. Webwaren-Großhandlung und -Anfertigung

**Jacoby & Sohn**, Frauenstraße 7 - Webwaren-Großhandlung, Wasche- und Schirmfabrik

**Georg Jacoby**, Kurtz-, Weiß-, Wollwaren-Großhandlung - Dresden, Altmarkt 18

**Reserviert**

**Katz & Leiser**, Rathhausstraße 21 - Tuche und Schneider-Artikel

**D. Mayersohn**, Wladimirstraße 21. Kurtz-, Galanterie-, Leder- und Schuhwaren-Großhandlung

**Dresdner Textil-Großhandel**  
**Semmel & Weiß**  
Textilwaren-Großhandlung  
Dresden-A., Schössergasse 2, III. Tel. 18 871

**Gebr. Hinzelmann**  
Dresden, Johannstr. 21 - Telephon 13 285  
Seidenstoffe - Seidenbänder  
Samte - Schweizer Artikel  
Eingros Export

**Geschäftliche Rundschau**  
und Dampfschiff-Dauerfahrplan  
Ohne Gewähr! (Musterschutz) Ohne Gewähr

Gültig vom 19. Mai bis mit 18. August 1923.

Ab Dresden: 5,00 (bis Leitmeritz), 8,00 (bis Aue), 9,00 (bis 10. Juni nur Sonn- und festtags, Pfingstwoche und ab 17. Juni täglich bis Schandau), 10,00 (bis Toppowitz, Sonn- und festtags bis Aue), 11,00\* (bis Schmiltke), 12,15 (bis Bodenbach), 1,30 (bis Pillnitz), 2,00\* (bis Rathen), 2,30 (bis Schandau), 3,00, 3,30, 4,00, 4,30\*, 5,00 (bis Pirna), 5,45\*, 7,00\* (bis Pirna).

\* Nur Sonn- und festtags.  
† Nur Sonn- und festtags, bedarfsweise bis Pillnitz.

Ab Dresden: 7,50 (bis Strahle), 10,00\*, 11,00 (bis Riesa, nur Sonn- und festtags bis Strahle), 1,30\* 2,00 (bis Strahle, nur Sonn- und festtags, Donnerstags und Sonnabends bis Mühlberg), 4,00 (bis Riesa), 7,00\*.  
\* Nur Sonn- und festtags bis Meissen.

**Franz Pokorny**  
Dresden-A., Wettinerstrasse 14  
Telegramm-Adresse: Textilpokorny - Fernsprecher 17515

**Mechanische Wäschefabrik**  
Herren- und Damenwäsche  
Spezialität: Gestickte Bettwäsche

**Wäschefabrik Hugo Nathanson**  
Palmstraße 1 DRESDEN-A. Palmstraße 1  
Damenhemden - Beinkleider - Prinzessröcke

**Schade & Lohmann**, Tuche, Engros u. Versand, Moritzstrasse 21

**Pflugbeil & Adler**, Baumwollwaren - Großhandlung, Webergasse 26

**Hans Geller**, Grunser Straße  
**Dresden-A.**, Ecke Albrechtstraße  
Trikotasen und GROSSO Strumpfwaren EXPORT  
Geschäftszeit 9 bis 4 Uhr

**Kein Verkauf an Private**

**Reserviert**

**S. Milgram, Dresden-A. 1**  
Grenzstraße 1 - Telephon 29 232

**Putztücher** mit und ohne Einwegzug  
Handtücher mit Einwegzug  
Scheuertücher mit Zwirnkette

**Otto Pretsch, G. m. b. H.**  
Erstlingswerk, Kleine Plauenische Gasse 45/47

**Hermann Rosenberger**  
Dresden-A., Moritzstraße 1, I.  
Lederwaren, Galanterie- u. Spielwaren-Grossgeschäft

**Rosenhein & Bieber, Wettinerstraße 3**  
Manufakturwaren-Großhandlung

**Verkauf nur an Wiederverkäufer**

**Spinn- u. Webwaren-Gesellschaft** m. b. H., Welpurgstraße 2, am Ferdinandplatz, Telephon 11 173 - Baumwollwaren aller Art - Engros-Fabrikation - Export

**S. Schärf**, Christianstraße 36 - Tel. 14 108  
ein gros Textilwaren und Trikotasen in gros Günstige Einkaufsquelle für Wiederverkäufer - Lagerbesuch stets lohnend -

**M. Schlesinger**  
Seidenwaren für die künstl. Blumen- und Küttler-Fabrikation  
Reitbahnstraße 29

**Bruno Wilde**  
Inh.: Arno Lehmann  
Dresden - Tuchgrossversand - Trompeterstrasse 14